

Die „Arbeit“ erscheint morgens um sechs Uhr, Sonntags und Feiertagen um sieben Uhr. Der Preis beträgt bei Einzelverkauf 30 Pfennig. Bei Abnahme von 10 Exemplaren 2,50 Mark, bei 50 Exemplaren 10 Mark, bei 100 Exemplaren 18 Mark, bei 200 Exemplaren 32 Mark, bei 500 Exemplaren 75 Mark, bei 1000 Exemplaren 130 Mark. Bei Abnahme von 1000 Exemplaren und darüber hinaus wird der Preis nach Vereinbarung festgesetzt. Die „Arbeit“ wird in allen deutschen Buchhandlungen und in den Buchhandlungen der Reichspostverwaltung ab und abgenommen. Die Reichspostverwaltung hat die „Arbeit“ als Zeitung für den Fernverkehr zugelassen. Die Reichspostverwaltung hat die „Arbeit“ als Zeitung für den Fernverkehr zugelassen. Die Reichspostverwaltung hat die „Arbeit“ als Zeitung für den Fernverkehr zugelassen.

Die „Arbeit“ erscheint morgens um sechs Uhr, Sonntags und Feiertagen um sieben Uhr. Der Preis beträgt bei Einzelverkauf 30 Pfennig. Bei Abnahme von 10 Exemplaren 2,50 Mark, bei 50 Exemplaren 10 Mark, bei 100 Exemplaren 18 Mark, bei 200 Exemplaren 32 Mark, bei 500 Exemplaren 75 Mark, bei 1000 Exemplaren 130 Mark. Bei Abnahme von 1000 Exemplaren und darüber hinaus wird der Preis nach Vereinbarung festgesetzt. Die „Arbeit“ wird in allen deutschen Buchhandlungen und in den Buchhandlungen der Reichspostverwaltung ab und abgenommen. Die Reichspostverwaltung hat die „Arbeit“ als Zeitung für den Fernverkehr zugelassen. Die Reichspostverwaltung hat die „Arbeit“ als Zeitung für den Fernverkehr zugelassen. Die Reichspostverwaltung hat die „Arbeit“ als Zeitung für den Fernverkehr zugelassen.

# Die Arbeit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Unsere Forderungen

### Eine sozialistische Rede

Hatten die Redner der Regierung und der Parteien in der bisherigen Staatsdebatte versucht, die Probleme zu verschleiern und die Interessen der kapitalistischen Klasse hinter klingenden Reden zu verstecken, so unternahm Genosse Crispian als Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in der gestrigen Sitzung des Reichstages die Aufgabe, die brennenden Fragen der Gegenwart vom sozialistischen Standpunkt aus zu beleuchten. Scheinbar, so führte er aus, sei die Macht der Arbeiterklasse zurückgedrängt worden. In Wirklichkeit aber könne das Proletariat nicht darauf verzichten, seine historische Mission zu erfüllen und es werde der Bourgeoisie nicht gelingen, es von der Erfüllung dieser Aufgabe abzuverdrängen. Die Entwicklung auf wirtschaftlichem, gesellschaftlichem und politischem Gebiet ist mit uns, und der jetzige Bankrott der Staatswirtschaften aller Länder ist in Wirklichkeit ein Bankrott der kapitalistischen Wirtschaft. Wenn die Regierung meint, einen Teil der Arbeiterschaft mit Drohungen zu erschrecken, so müsse sie wissen, daß das ganze Proletariat geschlossen zusammensteht und um alle Anschläge auf ihre Rechte abzuwehren.

Genosse Crispian zeigte in großen Zügen, welches die Kräfte der kapitalistischen Gesellschaft sind. Die Verelendung, nicht nur des Proletariats, sondern auch die Hinabrückung weiterer Schichten des Kleinbürgertums in das proletarische Dasein. Mit allen möglichen Mitteln versuchen die kapitalistischen Regierungen das bisherige System wieder aufzurichten und sie wollen damit die Welt glauben machen, als ob nur auf diese Weise eine Gesundung der Volkswirtschaft herbeigeführt werden könne. Es gäbe aber kein anderes Mittel, um die Völker aus ihrem jetzigen Elend wieder zu befreien, als die Produktion auf eine ganz neue Grundlage zu stellen, die Arbeiterklasse muß selbst die Produktion unter Ausschaltung der kapitalistischen Klasse in die Hand nehmen. Statt dessen wälzt die Regierung als die Beauftragte der bürgerlichen Klassen die Aufbringung der ins Ungeheure gestiegenen Staatslasten auf die arbeitende Bevölkerung ab. Sie erhebt in Form des Lohnabzugs den Blutzehnten vom Proletariat. Sie steht latentos der ungeheuren Arbeitslosigkeit gegenüber. Millionen von Arbeitern, die arbeiten wollen, aber nicht können, werden in die kümmerlichsten Verhältnisse hineingeworfen, weil die bestehenden Klassen nur für ihr Profitinteresse sorgen. Wenn Sie keine Arbeit schaffen können, so tief Crispian den Vertretern der kapitalistischen Klasse zu, dann treten Sie ab und überlassen den Arbeitern das Feld!

Die Fülle neuer Gesetze, die jetzt angekindigt werden, richten sich wiederum in der Hauptsache gegen die arbeitenden Massen. Was das Proletariat von ihnen zu erwarten hat, das zeigt besonders deutlich der Entwurf zur Schlichtungsordnung, durch die der Versuch unternommen werden soll, die Streiks der Arbeiter unmöglich zu machen. Und daran haben die Rechtssozialisten mitgearbeitet! Gegenüber der kapitalistischen Bankrottwirtschaft haben wir unseren Fuß nach der Sozialisierung in die Massen geworfen. Wir wissen, daß die Sozialisierung unter den heutigen Verhältnissen noch nicht die Verwirklichung des Sozialismus bedeutet. Aber sie muß ein Schritt zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel werden. Vor allem müssen die Schätze der Erde, die Kohlen in den Besitz der Allgemeinheit überführt werden. Nur im Kampf kann diese unsere Forderung durchgeführt werden, nicht aber in einer Arbeitergemeinschaft mit der Bourgeoisie. Und in diesem Kampf gibt es nur ein Siegen oder Unterliegen. In diesem Paragrafen wird die Frage nicht entschieden werden. Die Straße, das Aufgebot der Masse des Volkes hat das letzte Wort dazu.

Genosse Crispian zeigte an einer Anzahl von Einzelheiten, wie der Militarismus aufs neue offen und heimlich rüstet, um seine alten Stellungen vollständig wieder zu erobern. Ueber die Diktaturen werden große Mengen von Menschen und Material befordert. Man fertigt Spähberichte über die U. S. P. und die Kommunisten an. Zur Wrangelregierung werden die besten Beziehungen unterhalten und überhaupt zeigt sich gerade in diesen Tagen die Vorliebe der bürgerlichen Klasse für die weißgardistischen Führer in Rußland.

Dann wandte sich Crispian der Ernährungsfrage zu. Durch die Tätigkeit des Herrn Hermes hat sich die Ernährungsfrage noch verschärfert. Gerade hierbei zeigt es sich, daß die Behauptung, diese Regierung sei eine Regierung des Volkes, eitel Lug und Trug ist. Unser Redner gab Einzelheiten aus der von der „Arbeit“ veröffentlichten Denkschrift über den Minister Hermes wieder. Er konnte dann aus der Tätigkeit dieses Ministers den

Schluss ziehen, daß er wie kein anderer die Erwartungen der kapitalistischen Klassen auf die Regierung erfüllt habe. Die Agrarier üben Sabotage an den Interessen der Verbraucher, so halten mit ihren Lieferungen zurück und als Belohnung dafür hat man die Zwangswirtschaft auf wichtigen Gebieten aufgehoben und dadurch die Preise ins Unerträgliche gesteigert.

Crispiens Rede war eine Abrechnung mit der Bourgeoisie und eine flammende Anklage gegen das kapitalistische System, ein Sammelruf an die Arbeiterklasse und eine Warnung an die Sachwalter der Reaktion in der Regierung wie im Lande. Sie wird Widerhall finden in den Reihen des revolutionären Proletariats Deutschlands und den Aufruf bilden für die großen Kämpfe, die kommen müssen und in denen die Arbeiterklasse Sieger sein wird, wenn sie die geschlossenen Kolonnen ihrer Massen einmütig in das Feuer führt.

Vor Crispian hatte zuerst der Minister des Inneren, Simons, eine zweistündige Rede gehalten, die sehr ins Einzelne ging und dadurch an Wirkung verlor. Er beschäftigte sich mit der Ausführung des Friedensvertrages und warnte davor, allzu große Hoffnungen auf die Konferenz von Genf zu setzen. Wenn die Entente von Deutschland so ungetreue Opfer verlange, so müsse sie auch dafür sorgen, daß der deutschen Wirtschaft die Betriebsmittel zugeführt und daß die unerhörte Belastung des deutschen Volkes durch die Besatzungsarmee beseitigt werde. Er besprach dann unser Verhältnis zu den einzelnen Ländern. Bemerkenswert waren seine Mittelungen, daß die interalliierte Kommission in Oberschlesien eine Umfrage darüber erlassen hat, was die ober-schlesische Industrie im Falle der Abtretung an Polen tun werde. Ohne Zweifel stellt das einen Übergriff der interalliierten Kommission dar. Der Minister warnte bei dieser Gelegenheit die nationalistischen Kreise, die deutsch-polnische Spannung auf deutscher Seite nicht noch zu vermehren. Eine Gewaltpolitik gegen die Polen dürfen wir nicht führen. Die Regierung billige nicht den Übertritt von Mannschaften und die Verschiebung von Material nach Litauen, doch mußte auch Herr Simons zugeben, daß diese Übertritte und Verschiebungen „nicht ganz unbeträchtlich“ seien. In keiner Weise zu billigen sind seine Bemerkungen gegenüber Sowjetrußland. Er meinte, die Regierung sei sehr mißtrauisch gegenüber den Zusagen russischer Vertreter geworden, daß sie nur als Sachverständige nach Deutschland kämen. Sie werde sich alle Vertreter der Sowjetregierung doppelt genau ansehen, bevor sie die Einreiseerlaubnis erteilen. Wenn das auch die Beziehungen zu Rußland erschwere, so erkenne die deutsche Regierung doch an, daß die Sowjetregierung in dem größten Teile Rußlands die Macht ausübe und sie habe nicht die Absicht, andere Mächte, die gegen die Sowjetregierung auftraten, anzuerkennen. Der Außenminister schloß seine Rede mit der Versicherung, daß seine Politik darauf gerichtet sei, aus der organischen Entwicklung des Verhältnisses der Völker zueinander eine neue Rechtsordnung aufzubauen. Nicht die Selbstbehauptung des einzelnen Volkes gegenüber dem anderen sei das letzte Wort, sondern die soziale Gemeinschaft. Das klingt sehr schön, und Weltliches hat wohl auch Wilson während des Krieges oft genug und viel ausführlicher dargelegt. Aber dieses schöne Programm steht mit den Interessen der kapitalistischen Wirtschaft zusammen und deshalb wird es so lange nicht ausgeführt werden, so lange überhaupt noch der Kapitalismus die Welt beherrscht. — Außerdem sprachen die Abgeordneten Stresemann und Heim.

### Die Rede des Genossen Crispian

Seit den Tagen der Revolution ist die Bourgeoisie an Macht und Selbstbewußtsein wieder gewachsen. Sie beherrscht die Verwaltung, die Reichswehr, die Einwohnerwehren fast, die ganzen militärischen Organe befinden sich im Besitz der Konterrevolution. Die Arbeiterklasse ist wirtschaftlich verelendet, woran zu einem großen Teile die rechtssozialistische Politik Schuld trägt, und woran auch die Revolutionen der Kommunisten beigetragen haben. Aber die augenblickliche

#### Schwächung der Arbeiterklasse

ist doch nur scheinbar. Sie wird niemals auf ihre Ansprüche verzichten, sondern sich allen bürgerlichen Parteien entgegenstellen zu einem Kampf, worin es keinen Vertrag gibt mit dem Kapitalismus. Wir sind keineswegs niedergeschlagen durch die längsten Vorwände innerhalb der Arbeiterklasse. Wie wissen, daß die Entwicklung mit uns ist. Die Ausführungen des Reichsaussenministers bedeuten nicht nur den Bankrott der deutschen Wirtschaft, sondern zugleich auch den gesamt-kapitalistischen Bankrott ist das Resultat der kapitalistischen Wirtschaft selbst.

Welchen Ausblick geben uns die verschiedenen Regierungsvorteiler und die Vertreter der bürgerlichen Parteien? Sie wissen keinen anderen Ausweg, als daß wir Sparjamkeit üben müssen. Im gleichen Augenblick aber scheut sich die Regierung nicht, der Arbeiterklasse den offenen Kampf anzujagen. Wir wissen, daß diese Kampfstrategie nicht allein gegen die Kommunisten gerichtet ist, sondern daß man den Sozialismus, die gesamte Arbeiterklasse damit treffen will. Dieser Kampf wird auch vor den Rechtssozialisten nicht Halt machen. Es wird der Augenblick kommen müssen, wo dann auch diese Partei ihre Politik der Arbeitergemeinschaft wird ausgeben müssen. Wir haben gestern auch den Grafen Westarp sprechen hören, der sich

#### als Arbeiterführer ausgespielt

hat. Bauen Sie nicht auf die augenblickliche Zerstückelung der Arbeiterschaft. Sobald Sie auch nur den leinsten Versuch machen, das alte System wieder aufzurichten, steht die Arbeiterklasse geschlossen da. Wohl haben uns denn die Vertreter des alten Systems gebückt? Das heutige Trümmersfeld ist der anklagende Zeuge Ihrer Herrschaft. Es gehört zu den Tendenzen der konterrevolutionären Wirtschaft, daß sie immer neues Material schafft. Durch die Entlohnung und Verwässerung des Arbeitsprozesses wird ein stetes Anwachsen der industriellen Reservearmee, dieses

#### Heer der Arbeitslosen

herbeigeführt. Bringt dies schon die normale Entwicklung mit sich, so wird heute diese Tendenz der Volkswirtschaft durch die planmäßige Sabotage und Niederlegung der Betriebe noch über alle Notwendigkeiten hinaus gesteigert. Und eine solche Wirtschaft hat noch die Dreifachheit, sich „kritisch“ zu nennen. Was haben die Kapitalisten aus dem Menschen gemacht? Die Ihnen ausgegangenen Bilder des roten Kreuzes zeigen Ihnen das am besten an. Aber neben dem namenlosen Elend der Arbeiterklasse steht

#### ein unendlicher Strom von Gemianen

in die Taschen des Kapitals. Man braucht nur die letzten Wirtschaftskrisen der deutschen Unternehmerschaft flüchtig zu betrachten, um den Segen, der augenblicklich trotz der Not des Volkes den Besitzenden erwächst, zu erkennen. Dabei geben die Wirtschaftskrisen noch nicht einmal ein wahres Bild der wirklichen Geminne. Diese werden in den Bilanzen größtenteils verheimlicht gehalten. Die Unternehmerorganisationen sind bedeutend gemindert.

Die Wirtschaft ist durch den Krieg zerrüttet. Da die Regierung nicht Vertreter des Volksganzen, sondern der kapitalistischen Klasse ist, so muß auch sie von dieser Krise aufs tiefste erlitten werden. Darin stimme auch ich dem Finanzminister zu, wenn er erklärt, daß von der Geldseite der heutigen Krise nicht mehr beizukommen sei. Aber mit der empfohlenen Sparjamkeit wird man ihrer nicht Herr werden können. Sparjamkeit ist eine Tugend, wenn sie zur rechten Zeit anwendbar wird. Aber wo wird denn heute auch noch gepart? Noch immer bestehen zahllose Abwärtstendenzen.

#### Wozu brauchen wir auch einen Reichspräsidenten?

Womit will man eine solche Einrichtung eigentlich begründen? Die Inflation ist ein Erlos der Finanzpolitik aus der Kriegszeit, die insbesondere von Helfferich betrieben worden ist. In England sind schon während des Krieges die Ausgaben durch Steuererlässe abgetragen worden. Je mehr der Geldwert sinkt, desto höher steigen die Warenpreise. Das führt zu einer wilden Flucht vor der Mark, die sich in einer Eucht nach allen nur denkbaren Waren ausdrückt.

#### Die Rezepte des Finanzministers

Können keine Besserung bringen. Auch das Reichsnotopfer ist ja in seiner heutigen Form bestenfalls nur ein Zufuß zur Einkommensteuer und nicht dazu angetan, die finanzielle Krise zu mindern. Es bleibt kein anderer Weg, als daß in der Produktion neue Grundlagen geschaffen werden. Das kann nur geschehen durch eine

Sozialisierung unter völliger Ausschaltung des Privatkapitalismus. Die Steuerhinterziehung der Besitzenden wird durch die Regierung noch begünstigt. Man schafft Gesetze gegen die Kapitalflucht, aber die Besitzenden sind viel zu gerieben, um sich davon beugen lassen zu können. Hingegen wird aus der Arbeiterklasse alles nur mögliche herausgeprecht. Ich erinnere nur an das Blutgeld des zehn- und fünfzehnprozentigen Lohnabzugs.

#### In der

#### Lebenshaltung der Arbeiterklasse

ist eine absolute Verschlechterung eingetreten. Trifft dies schon auf die Vollbeschäftigten zu, so in viel ungeheurerer Ausdehnung auf das Heer der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter. Die Fürsorge für diese Kollekanden ist eine der dringenden Aufgaben des Staates. Wir fordern, daß ihnen eine das Existenzminimum gewährleistende Unterstützung zuteil wird. Wenn Sie keine Arbeit schaffen können, dann räumen Sie das Feld und überlassen Sie dies der Arbeiterklasse.

Hierzu gehört auch die Fürsorge für die Invaliden und Opfer des Weltkrieges. Als man während des Krieges die Arbeiterklasse zu dessen Führung gebrauchte, da hat man sie mit archaischen Versprechungen erüllt und ihnen den Dank des Vaterlandes in Aussicht gestellt. Es ist ein entsetzliches Bild, das man heute in den Straßen Berlins erblickt, wo Kriegstrümpel um Almosen betteln müssen. Das ist

#### eine Schande für diesen Staat.

Der heute herrschenden Wohnungsnot kann nur durch Kommunalisierung von Grund und Boden und Sozialisierung des Baugewerbes abgeholfen werden. Wir fordern die Kontrolle der Produktion und eine Erweiterung der Rechte für die

# Die Unschuldigungen gegen Minister Hermes

## Sitzung des Haushaltsausschusses

In der gestrigen ersten Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages gelangten die gegen den Reichsernährungsminister Hermes erhobenen Vorwürfe zur Erörterung. Gegen den Vorsitzenden des Ausschusses, zunächst lediglich die Vorwürfe über unrechtmäßige Verwendung von Geldern aus der Preisausgleichskasse und den Fall Augustin zu verhandeln, erhob Genosse Herz Einspruch. Er erklärte, daß die gegen Hermes erhobenen Vorwürfe damit nicht erschöpft sind. Richtig sei nicht nur diese Aussprache, sondern vor allem die gründliche Untersuchung der gesammelten gegen die Geschäftsführung von Hermes gerichteten Vorwürfe. Deshalb sei es nötig, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen.

Bemerkenswert war, daß bereits in diesem Stadium der Verhandlungen der deutschnationalen Abgeordnete Krumm seine Abneigung gegen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses erklärte und zwar mit der auffälligen Begründung, der Reichstag und die Abgeordneten seien so überlastet, es gäbe auch schon so viele Untersuchungsausschüsse, daß es nicht zweckmäßig sei, noch einen neuen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Er vertieg sich sogar zu der Behauptung, daß im Falle Augustin möglicherweise die Schuld weit mehr bei den leitenden Beamten des preussischen Landwirtschaftsministeriums liege, als beim Reichsministerium. Sodann erstattete Reichsjustizminister Heintze Bericht über das Ergebnis der von ihm und dem Finanzminister vorgenommenen Untersuchung. Es handle sich insgesamt um 4 Fälle, drei davon betreffen die nichtstatmäßige Verwendung von Geldern, Anschaffung von Möbeln und Autos, und der vierte Fall ist der des Geh. Rat Augustin.

Bezüglich der ersten Fälle bestätigte der Minister die bereits aus den Veröffentlichungen der Presse bekannten Tatsachen. Aber auch die beiden Minister sind zu dem Urteil gekommen, daß die Verwendung der Gelder nicht zulässig war. Ken war seine Mitteilung, daß der Ministerialsekretär Junke bei seiner Vernehmung erklärte, daß er sofort Bedenken gegen die Verwendung der Gelder der Preisausgleichskasse für Möbel und Autos geäußert habe, daß ihm aber trotzdem von Augustin die Anweisung zur Gewährung des Darlehens und der Deckung des Kassen für den Betrieb der Autos erteilt worden sei. Aus den ferneren Darlegungen des Reichsjustizministers ging hervor, daß auch das Finanzministerium es abgelehnt hat, Gelder für das Auto zur Verfügung zu stellen, und daß dem Finanzministerium damals verschwiegen worden ist, daß das Auto bereits angeschafft war. Beide untersuchende Minister mißbilligen deshalb diese Handlungen. Der Minister schildert sodann den Fall Augustin, gegen den jetzt ein Strafverfahren schwebt. Richtig wäre es gewesen, wenn Hermes seinerseits das Strafverfahren eingeleitet hätte. Hermes habe aber auf Anraten seines Staatssekretärs Milde walten lassen, obwohl sich Augustin zweifellos strafbar gemacht habe.

Der Ernährungsminister Hermes bestätigte im wesentlichen die Darlegungen des Finanzministers Heintze, und wies nach, daß das Datum des Briefes von Kamm an ihn falsch sei. Interessant für seine Auffassung war die Schlussbemerkung seiner Ausführungen. Er erklärte, es sei ihm unerwünscht gewesen, die Sache an die große Glocke zu hängen, besonders da ein gleiches Verfahren auch in den anderen Ministerien angewendet werde.

Genosse Herz verwies auf den Gegensatz zwischen dem Umfang der ursprünglich angeordneten Untersuchung und dem späteren Ergebnis, das sich lediglich mit der Feststellung der nicht angezeigten persönlichen Ehrenhaftigkeit des Ministers Hermes begnüge. Hermes Handlungsweise sei der Ausfluß einer politischen Korruption, und die Haltung der Reichsregierung erwecke den Eindruck, als wenn sie diesen klaren Sachverhalt verdunkeln wolle. Es sei nicht möglich, zu einem Urteil zu kommen, wenn zwei Fragen aus dem Zusammenhang gerissen werden, dem Gesamturteil dürfe deshalb nicht vorgegriffen werden. Es sei dringend nötig, aufzuklären, ob Augustin die Anweisung an Junke aus eigenem Ermessen oder mit Wissen, Billigung oder gar auf Veranlassung von Hermes erteilt habe. Die Milde im Fall Augustin sei auffällig und unverständlich, denn sie sei ein Anreiz zur Korruption überhaupt. Es müsse dringend gefordert werden, daß die Regierung die Feststellungen der beiden untersuchenden Minister im Wortlaut veröffentlichen. Hätte sie das bereits getan, so wäre die Öffentlichkeit wahrscheinlich zu einem anderen Urteil gekommen. Hermes Verhalten sei nur aus seinem Aufstieg und seiner Position zu erklären. Ein Mann, der auf so unzulässige Art ins Amt gekommen sei, habe nicht die moralische Autorität, sich seinen Beamten gegenüber durchzusetzen. Die politische Korruption sei deshalb die unausbleibliche Folge eines solchen Aufstiegs.

Bizanzler Heintze erwähnte die Regierung gegen den Vorwurf des Abgeordneten Herz, daß das Kabinett den ganzen Vorgang verschoben hätte. Ebenso betonte der Reichsfinanzminister Heintze, daß das Kabinett nur die angegriffene Ehrenhaftigkeit des Ministers zu prüfen gehabt hätte, nicht aber die politische Seite der Sache. In der von Herz angeordneten Art der Ernennung von Hermes zum Minister meinte er, Hermes sei seinerzeit von der Zentrumspartei als Sachmann für das Landwirtschaftsministerium vorgeschlagen worden, weil Landwirte ihn hierfür geeignet gehalten hätten. Daß er damit ungewollt einen Teil der gegen die Geschäftsführung von Hermes erhobenen Vorwürfe erklärte, dürfe ihm kaum zum Bewußtsein gekommen sein.

Abgeordneter Hoch wandte sich äußerst scharf gegen die einseitige Verwendung von Geldern und erklärte seine Genugtuung über die gegen Hermes erhobenen Vorwürfe vom politischen Standpunkt aus eingehend zu prüfen. Nachdem noch eine Anzahl weiterer Redner gesprochen hatten, wurden die Verhandlungen auf Dienstag nächster Woche vertagt.

Betriebsräte. Die Macht der Kapitalistenklasse ist so stark, daß sie die ganze Gesetzgebung beherrscht. Die Stilllegung von Hochöfen, die Herr Sinner angeordnet hat, ist nichts als eine Vorankündigung des Kampfes gegen diejenigen, welche die Sozialisierung verlangen. Die projektierten Gesetze laufen auf einen planmäßigen Angriff auf die Arbeiterklasse hinaus. Daß an dem zur Vorlage gelangenden Schlichtungsgesetz, das der Arbeiterklasse das Streikrecht rauben will, auch Arbeitervertreter mitgearbeitet haben, ist eine beschämende Erscheinung. Aber allen diesen Versuchen werden wir mit verdoppelter Kraft begegnen, und ihre Durchführung verhindern. Wir werden die Forderung der Sozialisierung in die Massen tragen. Wir sind uns bewußt, daß diese Frage eine Machtfrage ist. Die von uns geforderte Sozialisierung ist nur ein erster Schritt zu unseren grundsätzlichen Forderungen über die Sozialisierung der Produktionsmittel. Wir wollen aber nicht erst warten bis uns die politische Macht in den Schöß fällt, sondern wir wollen damit

den planmäßigen Kampf um diese Macht einleiten. Der bürgerlichen Gesellschaft sagen wir andere Todsünden an. Herr Stresemann steht mit seinen Ideen einer Gewinnbeteiligung der Arbeiter sehr spät auf. In England ist dieses Projekt längst ausgeführt worden. Aber in dem Kampf um den Sozialismus gibt es kein Kompromiß zwischen Arbeit und Kapital. Die Arbeiter und Angestellten lassen Verwerter und Träger der Produktion sein. Wir haben einen entsprechenden Antrag eingebracht. Aber in diesem Hause wird die Entscheidung über dessen Schicksal nicht fallen. Wir haben diesen Antrag nur vorgelegt zur Demasierung der Bescheidenden.

Wenn man den Erklärungen des Reichsanzlers, daß es in Deutschland einen Militarismus nicht mehr gibt, Vertrauen schenken wollte, so wäre das äußerst verhängnisvoll. Ich erkläre von dieser Stelle aus, daß diese Feststellung des Reichsanzlers eine Lüge ist. Es genügt, den vorgelegten Etat der Reichswehr zum Beweise hierfür heranzuziehen. Nicht weniger als 5 Milliarden werden von der Reichswehr jährlich beansprucht. Ein Herr, das 100 000 Mann betragen soll, enthält nicht weniger als 4000 Offiziere und 23 000 Chargierte. Kann man da noch von Sparlichkeit reden? Die Reichswehr ist nichts anderes als ein Versorgungsanstalt für die alten Offiziere. Die internationalen Militaristen bereiten einen internationalen Kampf der Reaktion vor.

Ich frage die Regierung öffentlich, ob es wahr ist, daß der litauischen Regierung 50 000 Gewehre angeboten worden sind und ob sie auch Kenntnis von dem regen Verkehr besitzt, der sich bei der hiesigen litauischen Botschaft emvieldelt. Zwischen den Einwohnerwehren und Regierungsstellen besteht eine enge Verbindung. In Bayern ist eine Arbeiterzentrale zur Befreiung von Führern des Proletariats geschaffen worden. Wir müssen auch fragen, welche Beziehungen bestehen zwischen der Regierung und der Regierung des Generalstabs in der Armee.

In der Auslandspolitik vermissen wir eine Orientierung nach wirtschaftlichen Maßstäben. Diese Politik ist noch immer von rein militärischen Erwägungen bestimmt. In Rußland könnten wir längst wieder in wirtschaftliche Beziehungen eingetreten sein. Auch innerpolitisch fehlt jede Richtung. Es ist wünschenswert, wenn der Reichsanzler gestern jeden als Sozialisten oder Liberalen bezeichnet hat, der einen Ausweg aus den heutigen Verhältnissen zeigen will. Der Reichsanzler will damit nur einer großen Unbequemlichkeit ausweichen.

Der Fall Hermes, den die Regierung durch ihre Erklärung offiziell gedeckt hat, beweist, daß es Lug und Trug ist, wenn die Regierung behauptet, für das Wohl des Volksganges zu arbeiten. Aus dem in der „Freiheit“ veröffentlichten Schreiben geht hervor, daß man Herrn Hermes berufen hat, weil er sich in der Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft bereits erfolgreich betätigt hat. Die Ankündigung der Aufhebung der Zwangswirtschaft war ein Anreiz für die Landwirte, die Preise für ihre Produkte höher zu setzen. Wir wissen, daß die Zwangswirtschaft kein Mittel ist für die Hebung der Lebensmittelpreise, aber in ihrer vollen Anwendung wäre sie ein Mittel, um wenigstens dem Hungernden nicht noch das letzte Stück Brot zu entreißen.

Wir verlangen die Befreiung der Schule von den Einflüssen der Kirche. Die heutige Kirche ist nur ein Kampfinstrument des Kapitalismus gegen die Arbeiterklasse. Sie ist nicht Vertreterin des Christentums, sondern sie schändet dieses nur. Von dem Bälterbund haben wir nichts zu erwarten, sondern nur alles zu fürchten. Mit Wohlthatigkeits-Einrichtungen kann das Elend nicht beseitigt werden. Wir weisen auf diese Einrichtungen, wir pochen auf unser Recht.

Der Kapitalismus hat seine historische Aufgabe beendet. Er muß durch eine neue Wirtschaft abgelöst werden. Wenn die Vergeßlichkeit durchgehört ist, dann fällt der Kampf um den Profit, dann wird nur noch nach dem Gesichtspunkte des Bedarfs gearbeitet. Die wachsende Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft leidet deren Zerfall her zu ein. Wir führen den Kampf international, weil wir wissen, daß die aufgestellten politischen Grenzen nichts anderes sind als künstliche Trennungsmittel zwischen den Völkern. Der heute bestehende internationale politische Ueberbau muß gesprengt und an seine Stelle muß ein neuer auf dem Sozialismus beruhender Ueberbau errichtet werden.

Wir haben in Deutschland solange eine dauernde Regierungskrise, bis die Arbeiterklasse die Regierung in Händen hat. Die heutige Regierung hat ihren Bankrott gestern an dieser Stelle selbst angezeigt. Ob Sie wollen oder nicht, die Arbeiterklasse wird von der politischen Macht nicht mehr abhangeln sein. Ehe die Rechtssozialisten ihre Politik der Arbeitsgemeinschaften nicht preisgeben, werden wir mit ihnen nicht gemeinsam gehen können. Die augenblicklichen Verhältnisse in Rußland sind kein Beweis des von uns erstrebten Räteinflusses, sondern in ihnen drückt sich bekennend der Bankrott einer politischen Partei aus. Die Angriffe gegen Sowjetrußland müssen wir zurückweisen. Rußland ist zu den heutigen militärischen Maßnahmen gezwungen.

Wenn Sie glauben, den Weg der Arbeiterklasse durch neue gegen Sie gerichtete Gesetze verbauen zu können, so sage ich Ihnen, daß alle diese Versuche fehlschlagen müssen. Mit dem Kapitalismus hat sich auch gleichzeitig der Totschlag dieses selben Kapitalismus emvieldelt. Mit der kapitalistischen Wirtschaft ist auch die Zahl der Arbeiterschaft und damit ihre Macht gewachsen. Glauben Sie nicht, aus den augenblicklichen Vorgängen innerhalb der Arbeiterschaft Hoffnungen herleiten zu können. Die Arbeiterschaft hat ihre Urkraft erst noch in jüngster Zeit bewiesen. Für sie gibt es nur einen Kampf um Sein oder Nichtsein.

Die geschichtliche Entwicklung will den Sieg der Arbeiterklasse und der Tag wird kommen, da Ihre Macht für immer zerstört wird.

## Ausfuhrmonopol

Unsere Fraktion hat im Reichstag folgende kleine Anfrage eingebracht:

Zu der Reichsregierung bekanni, daß dem Harimann-Konzern ein Monopol für die deutsche Papierausfuhr mit Hilfe von gesetzlichen Maßnahmen geschaffen werden soll?

Was bedeutet die Reichsregierung zu tun um das Entstehen dieses privatkapitalistischen Monopols zu verhindern?

## Die Mörderzentrale

### Verhandlung im bayerischen Landtag

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

München, 2. Oktober.

Am Schluß der heutigen Landtagssitzung gab die Regierung zu der durch die U. S. P. und S. P. D. aufgeworfenen Frage der Mörderzentrale in der Polizeidirektion eine Erklärung ab, in der sie die ganze Angelegenheit vollkommen entkräftigt und den Reichsmehrheitlichen Dohner, der eine Woche lang von Polizeiphelen verfolgt wurde, als einen des Nordes Verdächtigen hinstellt. Sie erhebt schwere Beschuldigungen gegen ein Mitglied der Ententeemission, bezeichnet den Hauptgewährsmann als Expremier und will einen Polizeigenossen, der eine wichtige Rolle bei der ganzen Sache spielt, gänzlich kennen. Die Regierung geht daraus aus, die Öffentlichkeit zu beeinflussen, bevor die Arbeiten des Untersuchungsausschusses beendet sind, und will unsere Genossen, die die Nordpläne aufgedeckt haben, zu Angelegten kumpeln. Nachdem der Abgeordnete Timm erklärte, daß die Regierungserklärungen große Entstellungen enthielten, erklärten die Vertreter der bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen, aus dem Untersuchungsausschuß auszutreten, weil dort vereinbart worden sei, im Landtag über die Sache nicht zu sprechen, ehe nicht die Arbeiten des Untersuchungsausschusses beendet seien. Sie zeigen damit deutlich, daß sie großen Interesse daran haben, die Feststellung der Wahrheit zu verhindern. Zu der Nachmittagsitzung des Haushaltsausschusses gelang es der bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen, die weitere Verhandlung der Angelegenheit zu verschleppen. Der Abgeordnete Timm erklärte, wenn im Landtag verhandelt werde, die Wahrheit festzustellen, werde er andere Mittel und Wege dazu finden.

Aufsehend will man von Seiten der Deutschnationalen und der Reichslinken Zeit gewinnen bis zum nächsten Zusammentritt des Plenums am 2. November, um in der Zwischenzeit die dunkle Angelegenheit der Mörderzentrale zu verschleiern.

## Wo bleibt der Staatsanwalt?

In der Sitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses vom 29. wurden solche Petitionen behandelt, zu welchen Regierungsvertreter zugezogen wurden. Bei der Beratung einer Petition über die Ausfuhrabgaben und Außenhandelsstellen kam Genosse Simon auf den auch von der „Freiheit“ erwähnten Fall der Leder- und Lederwarenhandelsstellen zu sprechen. Bekanntlich hat der Leiter der Lederwarenhandelsstelle, Herr Görig, etwa 300 000 Mk. eingegangener Gebühren bei seinem Abgang für sich behalten und außerdem auch die Aktien der Außenhandelsstelle, darunter Geheimaktien, mitgenommen. Genosse Simon stellte an den anwesenden Regierungsvertreter die Anfrage, ob nun endlich der Staatsanwalt mit dieser Frage befaßt sei, da seiner Meinung nach eine glatte Unterbringung vorliege.

Der Regierungsvertreter erklärte, daß die Rechtsverhältnisse sehr unklar lägen. Es sei, als die Außenhandelsstelle für Leder gegründet wurde, die rechtliche Unterlage für deren Bestehen nicht einwandfrei festgestellt gewesen. Der Leiter der Außenhandelsstelle, Herr Görig, der auf Veranlassung der Lederindustrie auf diesen Posten berufen worden sei, habe nun, als die Stelle dem Herrn Regierungsrat Schumann übertragen wurde, auf dem Standpunkt gestanden, daß die Regierung kein Recht habe, ihm zu kündigen. Er habe einen größeren Betrag der eingegangenen Gebühren an sich genommen, um seine Gehaltsforderung sicher zu stellen. Die Rechtslage

sei ungeklärt. Görig habe Rechtsgutachten, wonach er in seinem Vorgehen berechtigt sei. Sobald die Rechtslage geklärt sei, werde die Regierung entsprechend vorgehen. Simon gab darauf seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß die Regierung nicht sofort den Staatsanwalt mit der Frage befaßt habe. Es wäre Sache des Staatsanwalts gewesen, die Rechtslage zu prüfen, keineswegs aber dürfe die Regierung sich darauf einlassen, den Zivilrechtsweg zu beschreiten, er müsse das Vorgehen der Regierung in diesem Falle als leichtfertig bezeichnen.

## Die Wahlen in Oesterreich

In einem Artikel der Wiener „Arbeiterzeitung“ über das Endergebnis der österreichischen Nationalratswahlen wird mitgeteilt, daß für die Sozialdemokraten eine Million (gegen 1,2 Millionen im Vorjahre), für die Christlichsozialen 1,1 Millionen (gegen eine Million im Vorjahre), für die Großdeutschen 333 000 (gegen 422 000 im Vorjahre), für die Kommunisten 2840, für die Bauernpartei 72 000 Stimmen abgegeben wurden. Das Stimmenverhältnis zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen hat sich demnach annähernd umgekehrt. Die Christlichsozialen Partei ist von der ersten an die zweite Stelle getreten.

## Der Streik in England

### Einzelheiten über das Abkommen — Abstimmung am Dienstag

London, 29. Oktober.

Die Blätter bezeugen allgemein ihre Zufriedenheit mit den Bedingungen für eine Regelung des Kohlenpreises und stellen fest, daß die Einigung einen guten Frieden darstellt. Man empfindet, daß das Land eine Regelung wünschelte, die die Grubenarbeiter befriedigte und deshalb dauerhaft sein werde, und man begreift, daß die Aussicht, daß es Frieden in der Grubenindustrie geben wird, ungeheuer wichtig für die nationale Wohlfahrt ist. Im Unterhause hat Sir Robert Horne gestern die Bedingungen ausführlich besprochen. Er lehte auszusprechen, daß, wie die Produktion zwischen dem heutigen Tage und dem Januar auch sein wird, die Grubenarbeiter jedenfalls ihre Erhöhung um 2 Schilling pro Tag erhalten werden. Nach dem 3. Januar wird die Erhöhung allein von der Produktion abhängen. Dann lehte Horne auseinander, wie die Regelung, nach der die Löhne von der Höhe der Produktion abhängig sind, nach sich geht. Wenn die Produktion von 348 Millionen Tonnen im November und Dezember erreicht wird, wird die Lohnerhöhung um 2 Schilling beibehalten werden, wenn aber 3. B. die Produktion auf 243 Millionen Tonnen heruntergeht, würde die Erhöhung im Januar auf 1 Schilling 6 Pence beschränkt bleiben. Für jede Erhöhung der Produktion um 4 Millionen Tonnen werden die Grubenarbeiter nach dem 3. Januar 6 Pence extra erhalten. Ein Maßstab ist nicht festgelegt worden. Horne lenkte schließlich die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß drei Punkte des neuen Abkommens besonders wichtig für die Gemeinwohl sind und für die Industrie sind: 1. daß das Prinzip, nach dem die Löhne von der Höhe der Produktion abhängen, sich veranfertigt, 2. daß das Abkommen einen verbindlichen Charakter trägt und keine Raum mehr für weitere Verhandlungen läßt, 3. daß jede Partei das gleiche Interesse daran hat, daß die Produktion erhöht wird, und bereit ist, zu diesem Zweck zusammen zu arbeiten. Die Grubenbesitzer haben sich damit einverstanden erklärt, daß ihre Gewinne mit den Löhnen der Grubenarbeiter auf- und abgehen, und zwar in dem Maße, daß die festgesetzte Produktionshöhe nicht erreicht wird. — Die Abstimmung der Grubenarbeiter wird am nächsten Dienstag stattfinden und das Ergebnis wird am Mittwoch in der Konferenz der Grubenarbeiterdelegierten bekannt gegeben werden.

# Deutscher Reichstag

24. Sitzung, Freitag, den 22. Oktober 1920.

Am Regierungstisch: Simons, Wirth, Koch, Braun.  
Zu Beginn der Sitzung erfolgte die Beantwortung von 34 kleinen Anfragen, die die ganze erste Stunde ausfüllte. Unter anderen erteilte über die Behandlung der boschewistischen Internierten (nicht Kriegsgefangenen) im Lager von Hammeln und ihrer angeblichen Beziehungen zu den deutschen Hochschiffen ein Vertreter des Auswärtigen Amtes Auskunft. Zur besseren Beaufsichtigung und zur Verhütung der in der Tat verführerischen Propaganda werde die Hälfte der Internierten demnächst in ein anderes Lager überführt werden. Auf eine Anfrage des Abg. Frhn. v. Lersner (D. Sp.) über die Heimführung der noch in Sibirien befindlichen Kriegsgefangenen erklärte Reichskommissar Stöcker, daß der Abtransport in vollem Gange sei. — Eine Forderung des Preisverfalls von und nach dem Auslande aus politischen Gründen wurde wieder einmal ausdrücklich in Abrede gestellt.

Auf die Frage der Abgeordneten Schiffer und Frau Dr. Pöders über die Beschaffung deutscher Ackerlandes im Rheinland zur Errichtung französischer Flugzeughallen berichtete ein Regierungsvizepräsident eingehend über die bisher möglich werdenden deutschen Gegenleistungen.

Abgeordneter Thiel (Soz.) verlangt, daß die Arbeiterzufuhr auch für die Angestellten ausgegeben werden. Ihm wird erwidert, daß die Frage zurzeit in einem Ausschusse geprüft wird.

Da die geschäftsordnungsmäßige Zeit für die Erledigung von kleinen Anfragen abgelaufen ist, wird mit der Beantwortung abgebrochen und die Interpellation des Schiffer (Demokr.) über Capen-Ralmedy an einem der nächsten Tage behandelt. — Der Redner wird darauf ersucht, sich zu enthalten.

In der Fortsetzung der politischen Aussprache ergreift der Minister des Auswärtigen, Dr. Simons, das Wort.

Minister Dr. Simons: Der Standpunkt des Grafen Westarp, daß der Friedensvertrag von Versailles unter falschen Voraussetzungen erschlossen worden sei und deshalb für die deutsche Regierung als nicht existierend zu gelten habe, kann von uns unmöglich akzeptiert werden. Wir haben unter Zustimmung der weitüberwiegenden Mehrheit der Nationalversammlung diesen Vertrag unterzeichnet und wir müssen die eingegangenen Verpflichtungen einhalten und nach Möglichkeit ausführen. (Zustimmung links.)

Minister des Auswärtigen Simons:

Ich habe mich entschließen müssen, nicht erst bei meinem Etat, sondern schon jetzt zu sprechen, weil die Ausführungen einzelner Redner aus dem Hause zum Widerspruch Anlaß geben, teils, weil eine der Interpellationen noch eine Antwort erfordert, und teils auch, weil die außenpolitische Lage sich derart gestaltet hat, daß die Befolgung einiger dieser Vorgänge angeleitet erscheint.

Graf Westarp stellt sich auf den Standpunkt, der Versaillesvertrag als Ganzes sei erzwungen und erschlichen und infolgedessen existiere er nicht für uns und dürfe behandelt werden, als wäre er nicht vorhanden.

Für die deutsche Regierung ist dieser Standpunkt unmöglich. Die deutsche Regierung, die der gegenwärtigen vorausgegangen ist, hat den Vertrag unterschrieben, und zwar unter Zustimmung der weitüberwiegenden Mehrheit der Nationalversammlung. Sie hat ihn unterzeichnet, obwohl die Drohungen der Gegner noch nicht in die Tat umgesetzt worden waren. Infolgedessen gibt es für uns nur die Möglichkeit, die unterzeichneten Verpflichtungen als internationale Verbindlichkeiten anzuerkennen und soweit wie möglich auch auszuführen. Wenn wir nicht durch eheliche Anführung der uns auferlegten Bestimmungen, soweit es nur möglich ist, den Nachweis der Unmöglichkeit des Vertrages führen, dann bleibt uns nichts übrig, als

der Appell an die Gewalt.

Ein solches Vorgehen würde unweigerlich zu einem neuen Krieg führen, während das Vorgehen der Regierung vielmehr in einem neuen Frieden führen wird.

Ich habe schon in Spa darauf hingewiesen, daß solange das zerstückte Gebiet nicht wiederhergestellt ist, eine neue Wunde am politischen Leib Europas vorhanden bleibt, die immer wieder von neuem Gefühle des Hasses erweckt. Es liegt infolgedessen in unserem eigenen Interesse, diese Wunde zu heilen; das hätte auch den Vorteil, daß wir unsere Arbeiter beschäftigen und unsere Industrie mit Aufträgen versehen könnten. Dieses Interesse allerdings tritt vor dem hohen politischen Interesse zurück.

Leider hat gerade über der Aufnahme der Wiederausführung ein Unstern gewaltet. Unsere Fortschritte sind immer wieder abgelehnt worden. Ich wünsche, daß wir über die Mißverhältnisse endlich hinweg und endlich zu einer Verständigung kommen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang einer Tatsache gedenken, die in der Öffentlichkeit viel erörtert worden ist. Es ist die Forderung der Gegner nach

Umslieferung von 800 000 Maschinen.

Es ist nicht richtig, daß die Zahl von 800 000 Maschinen bereits feststeht, geprüft und eine bereits gestellte Forderung ist, sondern sie stellt nur die Summe der angemeldeten Schäden dar. Ich stelle fest, daß die deutsche Regierung diese Forderung noch nicht anerkannt hat, und daß auf sie angerechnet werden muß die Zahl jeder Röhre, die wir bereits a Konto ausgeliefert haben, und daß schließlich von der Wiederauslieferungskommission nicht mehr verlangt werden kann, als die Leistungsfähigkeit Deutschlands zuläßt.

Der Wunsch nach der Herstellung eines Verständigungswillens bei unseren Gegnern entbindet die deutsche Regierung aber nicht von der Pflicht, jene

Gewaltmaßnahmen abzuwehren,

die über den Friedensvertrag hinaus angewendet oder angedroht werden.

Zu diesen Gewaltmaßnahmen rechne ich auch alle Verstärkungen der zweifellos im Friedensvertrag keine rechtliche Grundlage vorhanden ist. Unzulässig ist es, daß die Entente-Kommission gegenstände, die sie für zerstörungspflichtig hält, ihrerseits selbst zerstört. Wir ist neulich von einwandzweiter Seite mitgeteilt worden, daß in einzelnen Unterabteilungen Entente-Offiziere wertvolle optische Instrumente eigenhändig zerstört haben, unter der Angabe, daß sie zum Kriegsmaterial gehören. Das darf natürlich nicht geschehen. (Rufe im ganzen Hause: Hört! Hört! ohelt!)

Hierzu gehört auch die Interpellation über die geforderte

Zerstörung der Dieselmotoren.

Die internationalisierte Marinekommission hat schon im April dieses Jahres die Forderung nach Zerstörung aller Dieselmotoren erhoben, die bei Schluß des Krieges in deutschen U-Booten einbezogen oder zum Einbau bestimmt waren. Die Erzeugung von deutschen Booten ist aber vielfach doch etwas über das Ziel hinausgeschossen. Auch die Marinekommission in Berlin hat nur die Zerstörung soweit gefordert, als es sich um U-Boote-Motoren handelt. Die deutsche Regierung hat am 1. Oktober bei der Versammlung der internationalisierten Kommission Protest erhoben. Diese hat am 3. Oktober die Forderung nach Zerstörung der Dieselmotoren für berechtigt erklärt. Die Kontrollkommission in Berlin hat den 11. November als Termin für die Zerstörung bestimmt. Inzwischen hatten wir in Paris Verhandlungen eingeleitet und infolgedessen hat die Kommission in eine hinaussetzung des Termins gewilligt.

Die Vorkonferenz, die wir auf die wirtschaftlichen Folgen aufmerksam gemacht haben, die sich aus der Zerstörung ergeben müssen, hat sich bereit erklärt, zu warten, bis unsere Note eingelangt ist. Die Nachricht, daß die internationalisierte Kommission die Zerstörung der Dieselmotoren inwieweit zu erwidern habe, trifft nicht zu. (Hört! Hört!) Die Berliner Kontrollkommission hat nur die Zerstörung abgelehnt, es liegt nicht in ihrer Absicht, die Herstellung der Dieselmotoren in Zukunft zu untersagen.

Die Forderungen der Marinekommission stehen sich nur rechtfertigen, wenn der schnelllaufende Diesel-Motor als Kriegsmaschine an sich für rein gewerbliche Zwecke nicht verwendbar wäre. Das Gegenteil ist der Fall. Die schnelllaufende Maschine ist ihrer Art nach für Friedenszwecke bestimmt. Daß sie auf U-Booten verwendet wurde, macht sie nicht zu einem Kriegsgeschütz.

Die Forderung ist aber geradezu widersinnig, wenn man wirtschaftlichen Standpunkt aus. Am schwersten fällt ins Gewicht, daß man Deutschland zumuten will, die Werkzeuge zu zerstören, die es zum Aufbau notwendig braucht. Ein großer Teil dieser Motoren ist jetzt im Gebrauch in industriellen Betrieben. In der Schifffahrt, in der Landwirtschaft. Das ist um so bedeutungsvoller, als wir folgendem Kohlenmangel gegenüberstehen. Die gesamten Maschinen haben einen Wert von mindestens 1 1/2 Milliarden Mark, ihre Zerstörung, der Umfang der Zerstörung und der Ersatz durch andere Maschinen würden mindestens das selbe kosten.

Der Verlust der Dieselmotoren hätte auch indirekt schwerwiegende Wirkungen für Deutschland, denn der Ersatz dieser Maschinen ist ungeheuer schwer.

Das Kohlenabkommen ist nur durchführbar, wenn alle Kraftquellen Deutschlands bis zum äußersten in Anspruch genommen werden. Durch eine Erklärung der Dieselmotoren als Kriegsmaterial würde eine weitere Herstellung von Dieselmotoren unmöglich sein. Unsere Industrie würde jede weitere Entwicklung durch die Zerstörung der Dieselmotoren unmöglich gemacht werden. Die deutsche Regierung kann gegenüber dieser Forderung der Entente nur

ein entschiedenes Nein

haben. (Zustimmung im ganzen Hause.)

Wenn die Regierung aber einerseits entschlossen ist, gegenüber solchen Maßnahmen eine entschiedene Abwehr zu zeigen, so erkennt sie auch andererseits an, was auf der positiven Seite zu buchen ist.

Nach dieser Richtung hin hat die deutsche Regierung die erfreuliche Mitteilung zu machen, daß die englische Regierung sich entschlossen hat, auf das Recht der Beschlagnahme des deutschen Privatvermögens im Falle der Nichterfüllung der Verpflichtungen aus dem Versaillesvertrag zu verzichten.

Voraussetzung einer normalen Verkehrspolitik ist die Unantastbarkeit des Privateigentums. In Gené werden wir mit der Entente hoffen, endlich die Frage der Wiederausführung zu lösen. Im Interesse der deutschen Finanzwirtschaft, ja, im Interesse der wirtschaftlichen Gesundung Europas muß gefordert werden, daß wir in der Wiederausführung zu einer schnellen Verständigung gelangen. Dazu ist unter anderem die

genügende Zufuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln

unbedingt notwendig. Wir müssen die Frage des Eintritts in den Völkerbund prüfen und zwar auch in breiterer Öffentlichkeit. Eines der schwersten Kapitel unserer auswärtigen Politik ist Polen. In Paris werden jetzt über Danzig die Würfel geworfen, wobei es doppelt wichtig ist, erneut zu betonen, daß Danzig durch und durch deutsch ist. In Paris führen wir jetzt Verhandlungen mit Polen. In einigen Punkten ist auch bereits eine gewisse Einigung erzielt. Der wichtigste Gegenstand der Verhandlungen ist das allgemeine Wirtschaftsabkommen, das wir mit Polen schließen wollen. Die oberste politische Frage ist eine europäisch-politische Frage. Ganz Europa ist daran interessiert, was aus der obersteinsten Kohle, der obersteinsten Industrie wird. An sich ist es überhaupt unrichtig, in Oberschlesien eine Abtrennung zuzulassen. Ein Verzicht auf die Abtrennung wäre das Beste. Kein Tag vergeht, ohne Klagen über

Uebergrieffe und Gewalttaten in Oberschlesien.

Eine Neutralitätspolitik dagegen ist aber gefährlich. In dem drohenden Kriege zwischen Polen und Litauen ist für uns die unparteiliche Neutralität ebenso geboten, wie beim Kampfe zwischen Rußland und Polen. In Zukunft werden wir uns die Leute zweimal ansehen, die über die russische Grenze nach Deutschland einreisen wollen. Wenn wir bisher die Regierung des Generals Wrangel und der Ukraine nicht anerkannt haben, so ist das auf Unberechenbarkeit der Verhältnisse begründet. Ueber Amerika zu sprechen, halte ich im Hinblick auf die unmittelbar bevorstehende Präsidentschaftswahl nicht für taftvoll. Die Selbstbehauptung darf im Leben der Völker nicht das letzte Wort sein. Deutsch sein ist so lange nicht genug, so lange die Deutschen nicht einen Gedanken verkörpern, der über das deutsche Reich hinausgeht. (Widerspruch rechts.) Wir müssen auf den alten Gedanken der deutschen Genossenschaft zurückkommen. Als zweiten Gedanken möchte ich den der deutschen Rechtsordnung vertreten. Das Urrecht unseres Volkes und der anderen Völker, das im Friedensvertrage von Versailles in diesen Punkten mit Füßen getreten worden ist, das wird uns in der Welt mehr Freunde schaffen, als es jemals die Gewalt vermochte. Nach diesen Gesichtspunkten werde ich auch weiterhin die deutsche Außenpolitik richten. (Zustimmung links und in der Mitte. Widerspruch rechts.)

Abg. Stresemann (D. V. P.): Mit der außenpolitischen Haltung des Ministers Simons sind wir einverstanden. In der Frage der Wirtschaft sind wir durchaus der Meinung, daß neue Wege eingeschlagen werden müssen.

Die private Spekulation

muß eingeengt werden, der Unternehmerrgeist aber muß erhalten bleiben. Alle Pläne müssen von dem einen Gedanken der Produktivität geleitet sein. Das englische Beispiel zeigt uns, daß diese Frage das Kernproblem ist. Wir sind durchaus für eine engere Anteilnahme der Arbeiterkraft an den Geschicken des Werkes, nur glauben wir, daß dies am besten erreicht wird, durch die Kapitalbeteiligung der Arbeiterkraft, die allerdings der heutigen hohen Löhne leichter als früher möglich ist. An Stelle der Verstaatlichung oder einer anderen Form von Bergesellschaftung, die die Initiative des Unternehmers ausschaltet, schlagen wir die Zusammenfassung von großen Unternehmungen — Kohle, Gas, Wasser, Verkehr — zu Wirtschaftsprüfungen vor. (Beifall rechts.)

Die Vorschläge Lederey, respektive Kaichenau sind für uns unannehmbar. Die mechanische Durchführung des Acht-Stunden-Tages hat auf die Reichsfinanzen einen irrgischen Einfluß ausgeübt. Wir müssen mehr leisten und Mehrleistungen mit einer außerordentlichen Bezahlung vergüten. Die Inflation müssen wir mit einer erhöhten Produktion und Ausbeutung der Mehrleistung durch Mehrzufuhr bekämpfen. Sparmaßstab ist erstes Gebot. Nach dem Zusammenbruch der Zwangswirtschaft müssen wir den Weg zur freien Wirtschaft weitergehen, auch wenn wir jetzt die Krankheiten der Uebergangszeit ertragen müssen. (Sehr richtig!) In der Landwirtschaft wehrt man sich bereits gegen die hohen Preise der Aufkäufer. (Lachen links.) Der Preisabbau darf nicht bei den Löhnen und Gehältern, sondern er muß von oben bei den hohen Gewinnen beginnen. Für die Obersteinsten hätte mehr getan werden können. Der Empfehlung des Grafen Westarp, den eimarshierenden Polen mit bewaffneter Hand entgegenzutreten, kann ich mich nicht anschließen, das würde nur zur Befestigung des Ruhrgebietes führen. Dem Autonomiegedanken stimmen selbst die obersteinsten Parteifreunde des Grafen Westarp zu. Den Angriffen gegen die Reichswehr können wir nicht zustimmen.

Die Organe verdient Anerkennung,

denn sie will die Ordnung und Ruhe schützen und stellt sich jeder Regierung zur Verfügung, die den Bestand des Staates gegen Angriffe von rechts oder links schützt. Uebrigens hat das Geschäft des Reichsjustizministeriums entschieden, daß keinerlei rechtliche Handhaben für ein Einschreiten gegen die Organisation gegeben sind (hört! hört! rechts). Der Abgeordnete Scheide-mann hat gefordert, daß bei der Forderung des auswärtigen Dienstes nur die Republikaner in Frage kommen. Wie kann er es dann rechtfertigen, da er seine Dienste einmal dem Kaiser zur Verfügung gestellt hat. (Unruhe bei den Soz.) Die Sicherungnahme der Deutschnationale Volkspartei läßt man sich die Rücksicht auf die schwierige Lage Deutschlands vermissen. (Sehr

richtig bei der Deutschen Volkspartei und im Zentrum.) Willis zur Arbeit und Autorität nach innen und nach außen, um zu einer geordneten Zukunft zu gelangen. (Beifall bei der D. V. P.)

Es folgt die Rede des Genossen Crispian,

die wir an anderer Stelle zum Ausdruck bringen.

Dr. Helm (Bayr. Volksp.): Es gibt keine Partei und keinen rechten Mann, der das Heilmittel für die internationalen Kriege der gegenwärtigen Zeit findet. Auch das Ausland kann uns dabei nicht helfen. In der Politik ist die Zeit der geballten Faust vorüber. Was das Ausland fürchtet, ist nicht Deutschland, sondern Preußen. Redner verteidigt dann in längeren Ausführungen den von ihm vertretenen Föderalismus. Es ist höchste Zeit, daß ein systematisches Wiederaufbauprogramm vorgelegt wird. Mit Schlagworten, wie Sozialisierung ist das nicht zu helfen. Gerade an der Kohle, diesem wichtigsten Urprodukt, dürfen keine Experimente gemacht werden. Allerdings muß gesagt werden, daß gerade im Kohlenbergbau sich die Kapitalisten auf den Sozialisten und auf die Bajonette gestützt haben. Hier muß unbedingt ein Wandel eintreten. Der Gewinnanteil der Arbeiterschaft in Form einer kleinen Aktie kann hier nicht helfen. (Sehr richtig, links.) Der Anteil der Arbeiter muß dauerhaft, unerschütterlich, unübertragbar sein, er muß der persönlichen Arbeitsleistung verbunden, und freundliche Anteilnahme erzielen. Redner gibt dann eine Anzahl Maßnahmen an, die geeignet sind, die landwirtschaftliche Produktion zu heben. Die äußerste Rechte hat mit der äußersten Linken die Solidarität und die Unterordnung der Interessen gemeinlich. Nur ein Zusammenarbeiten aller Gutachten kann uns helfen. (Beifall.)

Reichskommissar für die Entwertung Dr. Peters stellt nebenüber eine Behauptung des Redners, wonach eine Waffenspendung im Werte von einer Million deswegen verweigert worden sei, weil die Waffen Kohletzeichen aufwiesen, fest, daß die Ware überhaupt nicht verpackt wurde, sondern nur in Hamburg beschlagnahmt wurde, da die geplante Ausfuhr verhindert werden mußte.

Das Haus vertagt sich.

In persönlichen Bemerkungen erklären die Abg. v. Gräfe und Graf Westarp (Dnt.), daß sie in Hannover nicht den Reichswehrkommandanten hätten.

Sonnabend 10 Uhr Fortsetzung der Debatte.

Aus der Wirtschaft

Ein politischer Handelsvertrag

Aus Prag wird uns geschrieben:

Nach längeren Verhandlungen soll der Abschluß des französisch-tschechoslowakischen Handelsvertrages realisiert werden. Seine wesentlichen Bestimmungen bringen eine Ermäßigung des höchsten Zollfußes für bestimmte Waren, die zur Einfuhr gelangen. Aus Frankreich-Kordofrika sollen Phosphate und andere Düngemittel eingeführt werden, nach Frankreich werden 24 Baggons Rotationspapier und 1200 Baggons Holz geliefert. Frankreich hat sich die Einfuhr folgender Waren vorbehalten: 3000 Automobile, 700 Tonnen Seide (einschließlich Ungarn importierte vor dem Kriege jährlich 196 Tonnen), 5000 Tonnen Seife, 100 Tonnen Parfümeriewaren, 10 000 Tonnen landwirtschaftliche Maschinen, 40 000 Hektoliter Wein usw. Weiter verlangt Frankreich den Beitritt zur Madrider Konvention über den Karftenbus, hauptsächlich darum, um die Produktion von Spirituosen unter dem Namen Cognac zu verunmöglichen.

Der Vertrag ist ein Politikum ersten Ranges. Es ist doch nicht in der Regel so, daß bei Handelsverträgen ein Staat darauf achtet, was einzuführen, was er braucht und auszuführen, was er im Uebermaß produziert. Nun ist die Tschechoslowakei ein exportierendes Industrieland, weil sich der größte Teil der Industrie der alten Monarchie in ihrem Gebiete vereinigt findet. Umgekehrt braucht sie Lebensmittel und Rohstoffe. Frankreich aber ist in genau der gleichen Lage und kann deshalb logischerweise den wirtschaftlichen Bedürfnissen des tschechoslowakischen Außenhandels nicht genügen. Die Ausfuhr von Papier stellt gewissermaßen noch eine Konvention an Frankreich dar, es bleibt also einzig die Holzausfuhr, die etwas, aber auch nur etwas ins Gewicht fällt. Die Bewilligung der Einfuhr von Automobilen, Seide, Parfümeriewaren, Wein und sogar von landwirtschaftlichen Maschinen in einem Ausmaß, da die gesamte tschechoslowakische Industrie, die sich mit der Herstellung des größten Teiles dieser Waren beschäftigt, unter einer außerordentlichen Krise leidet, bedeutet durchaus seinen Vorteil für die Wirtschaft des tschechoslowakischen Staates. Der gewinnende Teil bei dem Vertrag wird einzig Frankreich sein und die Sache ist interessant für die immer noch bestehende Abhängigkeit der Tschechoslowakei von Paris: die offenbar unter der neuen Regierung wieder zu neuer Glorie stehen soll.

Die Regierung hat sich mit den Proprietären des Handelsministeriums beschäftigt, ein wenig Kritik geübt, es aber im großen ganzen akzeptiert. Der französischen Freundschaft zu Liebe werden also die Arbeiter der Tschechoslowakei die Gewinne der Reichsregierung vor der Ratifizierung des Vertrages noch eines Besessenen belchren.

Die Kohlenförderung im Ruhrrevier

Den gesteigerten Anforderungen an die Banengestaltung, welche die verhältnismäßig geringe Förderung der letzten Woche im Gefolge hatte, vermochte die Eisenbahn bei der gegenwärtigen Berkefrolage nicht gerecht zu werden. Trotzdem sich die wertvolle Wogenregelung von 19 880 auf 20 800 Wagon hob, blieb die Zahl im Durchschnitt um 986 hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück. Die Lagerbestände erfuhren eine Zubuße von 100 511 Tonnen bis einschließl. 24. Oktober. Die Anwesenheit in den Duisburg-Kuhrorter Häfen sank von 32 420 Tonnen auf 21 091 Tonnen, während sich der gesamte Brennstoßumsatz auf den Kanalrevierhäfen um 1000 Tonnen merklich anwachsen stellte, als in der Vorwoche. Das Angebot an Kohlräumung ging ebenfalls zurück.

Die Krise in Frankreich

Die ganze kapitalistische Welt wird von einer schweren Wirtschaftskrise erschüttert, auch die Länder, in denen der kapitalistische Apparat noch ganz intakt geblieben ist. Aus Nord- und Südamerika und aus England kommen unaufhörlich Nachrichten von Preisstößen, Zahlungseinstellungen kleiner und großer Häuser, Betriebsunterbrechungen und wachsender Arbeitslosigkeit. Wie schwer oder erst die kontinentalen Staaten Europas von der Krise betroffen werden, zeigt eine Meldung aus Frankreich, wonach dort die Arbeitslosigkeit unheimliche Dimensionen angenommen habe. Vor allem sei die Lage sehr ernst in den befreiten Gebieten. In den Meberien des Nordens seien die Ausperrungen sehr bedeutend. Im Seine-Departement seien 40 Prozent der Arbeiter der Automobil-Industrie, eben nicht im Ruhrgebiet und 75 Prozent in der Lederindustrie. Auch die Konfektion und Filanterie ist schwer betroffen. Im Loire-Gebiet erliden die Eisenindustrie und die Seidenwebereien, im Rhonengebiet die Automobil-Industrie das selbe Schicksal.

Die Eöhne für Scapa Flow. Die Wiederauslieferungskommission hat die Erhöhungsfrist zu den von Deutschland bereits geforderten 180 000 Tonnen, die als Entschädigung für die Verstärkung der Flotte bei Scapa Flow zu liefern sind, mit 83 000 Tonnen festgesetzt.

England, Belgien und Deutschland. Auf eine Anfrage teilte Lord George im Unterhause mit, daß Großbritannien nicht versprochen habe, Belgien beizugehen, falls es neuerlich von Deutschland angegriffen würde.



### Ein Hereinfall

#### Die Klage der Neukommunisten abgewiesen

Wie wir bereits mitgeteilt haben, fand am Freitag Vormittag vor dem Landgericht I auf Antrag des neukommunistischen Parteivorstandes ein Termin gegen die Genossin Zieh und den Genossen Dittmann statt. Die Klage war von Schwenk und Ebert und außerdem von dem sogenannten Zentralkomitee der Neukommunisten angehängt. Die Kläger wurden von Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, die Beklagten von den Genossen Dr. Rosenfeld und Dr. Böhme vertreten. Außerdem war als Vertreter der Kläger Roenen und von den Beklagten Genosse Dittmann erschienen. Dr. Herzfeld stellte im Auftrag seiner Mandanten den Antrag, eine einstweilige Verfügung zu erlassen, durch welche der Genossin Zieh und dem Genossen Dittmann die Verfügung über das Parteiguthaben bei der Diskontogesellschaft und bei der Firma Carlsh, Simon u. Co. bei Vermeidung der höchstzulässigen Strafe für jeden Fall der Zuwiderhandlung entgegen werde.

Gegenüber einem Einigungsantrage des Gerichtsvorstandes bemerkte Genosse Rosenfeld, daß seine Auftraggeber jetzt, nachdem die Gegenpartei sich einmal an die bürgerlichen Gerichte gewandt und nunmehr den Klageweg beschritten habe, eine gerichtliche Entscheidung verlangen. Dr. Herzfeld machte demgegenüber geltend, daß die Antragsteller keinerlei Verfügung über das Parteivermögen haben, anderns dagegen die Antraggegner.

Kunmehr wurde in die Verhandlung eingetreten. Dr. Herzfeld gibt eine längere Begründung seines Antrags, aus der hervorzuhelien ist, daß, nach Meinung der Antragsteller, die Beklagten von dem Zentralkomitee der U. S. P. D. einen Auftrag zur Verwaltung der Parteigelder bekommen haben, der ihnen jetzt durch Beschluß des neuen Zentralkomitees (Däumig u. Gen.) entzogen worden sei. Er geht dann auf die Vorgänge auf dem Parteitag in Halle ein und präzipiert die Auffassung seiner Freunde dahin, daß die Beschlüsse der Mehrheit des Parteitages Geltung haben.

Genosse Dr. Rosenfeld erhebt namens des Genossen Dittmann Einspruch gegen die Zuständigkeit des Gerichtes. Die Klage sei zu Unrecht bei dem Landgericht I erhoben. Wenn die Kläger sich auf die §§ 22, 27 der Zivilprozessordnung stützen, seien sie im Unrecht, da das Gericht des Sitzes der Verwaltung eines Vereins nach diesen Gesetzesbestimmungen nur für Klagen des Vereins gegen seine Mitglieder als solche und gegen ausgeschiedene Vereinsmitglieder als solche zuständig sei. Hier lagten nicht ein Verein, sondern zwei Herren, an die ein angeklagtes Zentralkomitee seine angeblichen Ansprüche abgetreten habe. Außerdem sei die Klage nicht gegen Mitglieder der U. S. P. D. als solche, sondern gegen Mitglieder des Zentralkomitees gerichtet. Die Kläger hätten sich an ein falsches Gericht gemeldet, und die Klage sei daher ohne weiteres abzuweisen.

Genosse Dr. Böhme im Ichteft sich für seine Mandantin, Genossin Zieh, dem Protest gegen die Zuständigkeit des Gerichtes an. Er beantragt ebenfalls sofortige Abweisung der Klage. Es kommt dann zu längeren juristischen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf Dr. Herzfeld den Nachweis zu erbringen versucht, daß das Parteiprogramm der U. S. P. D. schon mehrere Male geändert worden sei, ohne daß dagegen Einspruch erhoben wurde, und daß auch die Hallenser Beschlüsse (Annahme des Antrages Däumig-Städter über die Internationale) das Wesen der U. S. P. D. nicht verändert hätten. Die Genossen Dr. Rosenfeld und Dittmann traten diesen Ausführungen entgegen. Nach den Bestimmungen unseres Parteistatuts darf keine Körperschaft, also auch nicht der Parteitag gegen die Bestimmungen des Statuts verstoßen. Das sei aber durch die Annahme der Moskauer Bedingungen geschehen. In diesen Bedingungen wird klar und deutlich verlangt, daß die der Moskauer Internationale angehörenden Parteien die Beschlüsse des internationalen Kongresses und auch des Exekutivkomitees der dritten Internationale unbedingt zu befolgen hätten. Dadurch würde aus einer selbständigen Landespartei eine unselbständige Sektion einer internationalen Partei. Das bedeuete eine völlige Veränderung der organisatorischen Grundlagen der Partei. Der Antrag, der das beabsichtigte, hätte nach § 32 des Organisationsstatuts der U. S. P. D. mindestens fünf Tage vor dem Parteitage veröffentlicht werden müssen, oder aber mindestens dreizehn Tage vor dem Parteitage hätten sich für die Beratung erklären müssen. Da die Anhänger der Moskauer

Bedingungen über diese Mehrheit nicht verfügten, setzten sie sich kurzerhand über das Parteistatut hinweg. Aus diesen und anderen Gründen haben die Anhänger der Moskauer Bedingungen das Recht verwirkt, sich als Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auszuspielen.

Dr. Herzfeld und Roenen verlagten nochmals diese Auffassung zu widerlegen, ganz besonders mit dem Hinweis darauf, daß es der Mehrheit des Parteitages frei gestellt war, diesbezügliche Anträge zu stellen. Das haben sie aber veräumt und haben kurzerhand den Parteitag verlassen.

Nach längerer Beratung verkündete der Vorsitzende, daß die Kläger kostenpflichtig mit ihrer Klage abgewiesen seien, da das Gericht sich nicht für zuständig halte. Darüber hinaus vertritt das Gericht die Auffassung, daß die Klage an sich unzulässig ist. Aus der mündlichen Begründung heben wir nur folgenden Satz hervor: „Die jetzige Antragstellerin zu 3 (das Zentralkomitee Däumig und Genossen) als Rechtsnachfolgerin des früheren Zentralkomitees der U. S. P. D. anzusehen, ist nach dem Verstehtnis und Gesellschaftsrecht des bürgerlichen Gesetzbuchs unmöglich.“

Damit haben es die Neukommunisten nun den bürgerlichen Gerichten, die sie angerufen haben, schwarz auf weiß bekommen, daß ihr „Zentralkomitee“ nicht die Rechtsnachfolgerin des Zentralkomitees der U. S. P. D., mithin auch ihre neue Partei, die U. S. P. D. nicht ist. Selbst nach bürgerlichem Recht steht damit fest, daß unsere Partei allein die U. S. P. D. ist.

Und abermals wenden sich die Neukommunisten an die bürgerlichen Gerichte. Das angeklagte Zentralkomitee der U. S. P. D. mit Däumig an der Spitze, hat jetzt bei dem Landgericht I Berlin eine neue einstweilige Verfügung beantragt, durch welche den Genossen Crispian, Dittmann und Luise Zieh sofort verboten werden soll, die Büroräume am Schiffbauerdamm zu benutzen, bei Vermeidung der höchsten zulässigen Strafe für jeden Fall der Zuwiderhandlung. Auch mit diesem Antrag haben Däumig und Genossen natürlich keinen Erfolg gehabt. Das Gericht hat lediglich Termin anberaumt und am 4. November wird über den Antrag entschieden werden.

Selbstverständlich werden Däumig und Genossen eine neue Abfuhr erleben. Denn wenn man sich schon an das bürgerliche Gericht wendet, muß man wenigstens eine gewisse Kenntnis des bürgerlichen Rechts haben. Danon aber läßt der Antrag Däumig und Genossen nicht das geringste verspüren.

Imar erklärt die „Rote Fahne“ in ihrer Nummer vom 20. d. M., daß der Kampf um ein lazes politisches Ziel zu führen ist und nicht in einen juristischen Kleinkrieg eingebogen werden darf. Unsere Neukommunisten aber zeigen mit der Hilfe von Klagen, die sie über uns ergießen, daß sie gerade diesen juristischen Kleinkrieg wollen. Da sie uns dazu zwingen, werden wir ihn führen. Wir wissen: das Recht ist auf unserer Seite!

### Gewerkschaftliches

#### Eine reaktionäre Außenhandelsstelle

In der Außenhandelsstelle für Metallzeugnisse schaltet die Reaktion in unerbittlicher Weise. War es möglich, schon vor einigen Wochen zwei Angestellte, die sich wegen ihrer Zugehörigkeit zum Zentralverband der Angestellten mäßigig gemacht hatten, mit Hilfe eines erzkonservativen Betriebsrates auf die Straße zu setzen, so hat sich jetzt ein Stillein ereignet, das verdient, der Öffentlichkeit nicht verheimlicht zu werden. Ein Angestellter, natürlich auch wieder Mitglied des Zentralverbandes, besaß die Kühnheit, dem ungeschwätigen Betriebsrat etwas auf die Finger zu gucken, dessen 2. Vorsitzender im Telefongebäude als Direktor aufgeführt ist. Die Folge dieser Vermeßlichkeit war eine Denunziation des Betriebsrates bei der Leitung, die ohne Nachprüfung der Angaben des Betriebsrates dem Angestellten wegen heuchlerischer Redensarten kündigte und ihn sofort vom Dienste suspendierte.

In der kürzlich stattgefundenen Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß wurde, wie es nicht anders zu erwarten war, die Wiederinstellung der betreffenden Angestellten entschieden. Bei dieser Verhandlung erfuhr der Betriebsrat die gebührende Würdigung seiner hinterhältigen Handlungsweise und auch von dem organisatorischen Aufbau der Außenhandelsstelle wurde von dem

Vertreter der Leitung in nativer Offenherzigkeit eine interessante Schilderung gegeben.

Es wurde festgestellt, daß die Entlassung nur auf die Beschuldigung des Betriebsrates hin erfolgt ist, ohne daß die Leitung sich die Mühe genommen hatte, diese Denunziation zu untersuchen. Es konnte nicht festgestellt werden, daß der betr. Angestellte durch seine „heuchlerischen Reden“ seine Arbeit auch nur im geringsten vernachlässigt hätte. Dahingegen wurde von dem Vertreter der Leitung ausgeführt, daß der Personalschef, Herr Jahn, nicht in der Lage sei, die Arbeit der einzelnen Angestellten zu übersehen oder durch Unterzugaue übersehen zu lassen.

Bermutlich liegt das daran, daß Herr Jahn, der einem „on dit“ zufolge als Personalschef ein Gehalt von rund M. 70 000 beziehen soll, neben diesem fürklichen Einkommen ein lukratives Papiergeschäft betreibt, das seine Gedanken wohl sehr in Anspruch nimmt. Es wird Aufgabe der gesetzlichen Instanzen sein, sich diese Personen einmal näher anzusehen; die eine derartige Doppelexistenz führen, während tausende von Arbeitlosen auf der Straße liegen und kaum ein Unterkommen finden.

Sache der Angestellten der Außenhandelsstelle ist es aber, einen Betriebsrat, der sich zum Büttel der Direktion macht, der seine Sitzungsprotokolle der Direktion zur Verfügung stellt, damit sie in den Schlichtungsausschußverhandlungen gegen die Arbeitnehmer verwendet werden können, einen solchen Betriebsrat, der nicht Angestelltenvertretung ist, sondern Angestelltenverrat ist, wegzuräumen.

#### Eisenbahner-Fachschule und Betriebsrätekursus

Der Betriebsrätekursus beginnt am Montag, den 1. November 1920, abends 6 Uhr, im Astantischen Gymnasium, Hallestraße, am Anhalter Bahnhof. Betriebsräte, welche sich noch nicht haben einschreiben lassen, werden erucht, am vorgenannten Datum das selbst ihre Anmeldung zu bewirken. Die Kosten betragen 40 M. Hörsgebühre und 1 M. Teilnehmerkarte und sind die Betriebsräte berechtigt, für diesen Betrag an dem Kursus der Eisenbahnerfachschule teilzunehmen. Nach Beendigung des Betriebsrätekursus erhält jeder Teilnehmer, welcher den Unterricht bis zum Schluß besucht hat, von der Organisation 20 M. zurück vorgütet.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bez. Groß-Berlin. Am Mittwoch, den 27. Oktober 1920, abends 6 Uhr, fand bei Knyfara, Reichstr. 15, eine Gruppenversammlung aller Betriebsräte der Eisen-, Köfren-, Werkzeugmaschinen-, Metall-, Glas-, Keramik-, Kurz- und Galanterie- und Spielwarenbranche statt.

Der neu gewählte Branchenrat abiger Branchen stellte sich der Versammlung vor. Gewählt wurden: 1. Vorsitzender: Georg Adler, Kurz, Galanterie; 2. Vorsitzender: Hermann Witten, Eisen; Schriftführer: Carl Schulze, Export; Paul Blümler, Nimmehall; Franz Wildemann und Wih. Schenk, Glas; Ernst Zanders, Eisenbranche; Karl Bollmer, Eisenbranche; Carl Otto, Eisenbranche. Die Versammlung nahm hieron Kenntnis. Den Bericht vom Betriebsrätekongress erstattete Murawski. Er gab einen kurzen Bericht, der die Versammlung im allgemeinen nicht befriedigte, und als er entließ, als er Dittmann und Gramann angriff, erhob sich ein Sturm der Entrüstung in der Versammlung. Als erster Diskussionsredner ergriß Kohlschmidt vom D. T. U. B. das Wort. Er erklärte, es sei eine Schande und eine Beleidigung für jeden deutschen Transportarbeiter, daß Losowsky sich in so niedriger und gemeiner Weise über die Gewerkschaften geäußert hat und erklärte, wir können solche Redensarten nur weit von uns weisen; er fand alleseitigen Beifall. Es wurde dann folgende Resolution vom Kollegen Junke übergeben und zur Beratung gebracht: „Die Betriebsräte der Eisen-, Glas-, Kurz-, Galanterie- und Spielwarenbranche haben den Bericht vom Betriebsrätekongress entgegengenommen. Sie erklären sich mit den Beschlüssen des Kongresses einverstanden. Die Versammelten beschließen jede Aktion, die sich offen oder heimlich gegen die Geschlossenheit der freien Gewerkschaften richtet. Sie halten nach Lage der Verhältnisse die freien Gewerkschaften als gegenwärtig einziges Bollwerk gegen die Reaktion und geloben, eifrig für die Gewerkschaften zu wirken. Sie erwarten allerdings, daß die Gewerkschaften die Politik der Arbeitsgemeinschaften verlassen und wieder zu Kampforganisationen des Klassenbewußten Proletariats werden.“ Mit großer Mehrheit wurde dieser Resolution zugestimmt.

Reichskongress der Erwerbslosenräte. Am 14. bis 16. November 1920 findet in Berlin, in Havelands Sträßchen, Neue Friedrichstr. Nr. 38, ein Reichskongress der Erwerbslosenräte Deutschlands mit nachstehender Tagesordnung statt. 1. Stellungnahme zum Arbeitslosenversicherungsgesetz 2. Stellungnahme zur Erhöhung der Reichsunterstützungssätze ab 1. November cr. 3. Neuwahl des Reichsausschusses und Stellungnahme zur eoll. Verlegung desselben. 4. Verschiedenes. Reichsausschuß der Erwerbslosenräte Deutschlands.

### Sunger

Roman von Knut Hamsun.

Die Sonne schien in mein Fenster, unten hörte ich die Pferde ihren Haler lauten. Ich sah und sog an meinem Holzspan, vergnügt und heiteren Sinnes wie ein Kind. Unaußersächlich hatte ich nach dem Manuskript gefühlt; ich trug es nicht einmal im Gedanken, aber der Instinkt sagte mir, daß es existiere, mein Blut erinnerte mich daran. Und ich sog es hervor.

Es war feucht geworden, deshalb breitete ich es aus und legte es in den Sonnenschein. Dann begann ich in meinem Zimmer auf und ab zu gehen. Wie niederdrückend alles aussah! Auf dem Fußboden rund umher kleine Heberbleibel von Blechplatten, aber kein Stuhl zum sitzen, nicht einmal ein Regal an den nackten Wänden; alles war nach „Anfelse“ Keller gewandert und verzehrt. Auf dem Tisch ein paar Bogen Papier, die eine dicke Staubschicht trugen — das war alles, was mir gehörte; die alte, grüne Decke auf dem Bett hatte Hans Pauli mir vor einigen Monaten geborgt. . . Hans Pauli! Ich knipste mit den Fingern. Hans Pauli Pettersen muß mir helfen! Und ich bestimme mich auf seine Adresse. Wie hatte ich Hans Pauli vergessen können! Er würde gewiß sehr böse sein, daß ich mich nicht sofort an ihn gewandt hatte. Schnell seige ich meinen Hut auf, sammle das Manuskript zusammen, stecke es in die Tasche und laufe die Treppe hinunter.

„Hör mal, Jens Olaf,“ rief ich in den Stall hinein, „ich glaube ganz bestimmt, daß ich dir heute nachmittag helfen kann!“

Vor dem Rathaus angelangt, sehe ich, daß die Uhr über elf ist, und so beschließe ich, sofort in die Redaktion zu gehen. Vor der Bureautür blieb ich stehen, um zu sehen, ob meine Papiere nach der Seitenzahl geordnet lagen; ich glättete sie sorgfältig, steckte sie wieder in die Tasche und klopfte an. Mein Herz schlug hörbar, als ich eintrat.

Der Mann mit der Schere ist wie gewöhnlich zur Stelle. Ich frage ängstlich nach dem Redakteur. Keine Antwort. Der Mann sitzt und bohrt die Lokomotiven aus den Provinzialblättern heraus.

Ich wiederhole meine Frage und trete weiter vor.

Der Redakteur sei noch nicht da, sagte er endlich ohne anzulehen.

Wann er käme?

Ganz unbestimmt, wirklich ganz unbestimmt.

Wie lange das Bureau geöffnet sei?

Hierauf erhielt ich keine Antwort und mußte gehen. Der Mensch hatte während der ganzen Zeit nicht einen Blick auf mich geworfen; er hatte meine Stimme gehört und mich daran erkannt. So schlecht bist du hier angeschrieben, daß man es nicht einmal der Mühe wert hält, dir zu antworten, dachte ich. Ob das wohl auf Befehl des Redakteurs geschieht? Allerdings hatte ich ihn, seitdem er mein berühmtes Feuilleton zu zehn Kronen angenommen, mit Arbeiten überschwemmt, hatte ihm die Türe fast täglich mit unbrauchbaren Dingen eingerannt, die er hatte durchlesen und mir zurückergeben müssen. Dem wollte er vielleicht ein Ende machen, seine Vorrichtungsregeln treffen. . . Ich begab mich auf den Weg nach Homandsbyen hinaus.

Hans Pauli Pettersen war ein Bauernstudent, der im Hof fünf Treppen hoch in einer Bodenkammer wohnte: Hans Pauli Pettersen war also ein armer Mann. Wenn er aber eine Krone hatte, so würde er sie hergeben. Ich würde sie so sicher bekommen, als ob ich sie schon in der Tasche hätte. Während des ganzen Weges freute ich mich auf diese Krone, — so gewiß war ich ihrer. Als ich an die Haustür kam, war sie geschlossen und ich mußte läuten.

„Ich möchte Student Pettersen sprechen,“ sagte ich und wollte hinein. „Ich kenne sein Zimmer.“

„Student Pettersen?“ wiederholte das Mädchen. Ob es der gewesen, der in der Bodenkammer gewohnt? Der sei ausgezogen. Wohin, wisse sie nicht; seine Briefe hatte er sich aber hinunter nach der Todsbodgabe zu Hermansen schicken lassen, und dann nannte sie die Nummer.

Voll Glauben und Hoffnung gehe ich die ganze Todsbodgabe hinunter, um Hans Paulis Adresse zu erfragen. Dies war der letzte Ausweg, und ich mußte ihn ausnützen. Untermwegs kam ich an einem Reubau vorbei, vor dem zwei Tischler standen und bobelten. Ich griff in den Haufen hinein, nahm ein paar blanke Späne heraus und steckte den einen in den Mund und den anderen für später in die Tasche. Dann setzte ich meinen Weg fort. Ich stöhnte vor Hunger. In einem Bäckereiladen hatte ich ein wunderbar großes Zehn-

breitrot im Fenster gesehen, das größte Brot, das für den Preis überhaupt zu haben war.

„Ich komme, um mich nach Student Pettersens Adresse zu erkundigen.“

„Berni Inters Gade Nr. 10, Dachwohnung.“ — Ob ich hinaus wolle? Na, ob ich dann so gut sein wolle und ein paar Briefe mitnehmen, die für ihn angekommen?

Ich gehe hinauf in die Stadt, denselben Weg, den ich gekommen, gehe wieder an den Tischlern vorbei, die jetzt mit ihren Blechböden zwischen den Knien dasagen und ihr gutes Dampfbrötenmittenbrot aßen; passierte den Bäckereiladen, wo das Zehnrot noch an seinem Platz liegt und erreichte endlich habstöt vor Ermattung Berni Inters Gade. Die Tür war offen, und ich stieg die vielen beschwerlichen Treppen nach der Dachwohnung hinauf, ziehe die Briefe aus der Tasche, um Hans Pauli gleich mit einem Schläge in gute Laune zu versetzen, wenn ich bei ihm eintrat.

Er würde mir diese Gefälligkeit gewiß nicht abschlagen, wenn ich ihm die Verhältnisse auseinandersetzte, ganz gewiß nicht. Hans Pauli hatte ein so edles Herz, das hatte ich ihm so oft nachgesagt. . .

An der Tür fand ich seine Karte: „S. P. Pettersen, Rud. theol.“ — nach Hause gereist.

Ich setzte mich, setzte mich auf den kalten Fußboden, dumpf, müde, gebrochen. Ein paar mal wiederhole ich mechanisch: „Nach Hause gereist! nach Hause gereist!“ Dann bin ich ganz still. Keine Träne in meinen Augen, kein Gedanke, kein Gefühl. Mit angerissenen Augen lag ich da und starrte auf die Briefe, ohne irgend etwas zu unternehmen. Es vergingen zehn Minuten, vielleicht zwanzig, oder mehr; ich sah beständig auf demselben Fleck und rührte keinen Finger. Dieses dumpfe Brüten war beinahe wie ein Schlummer. Jetzt hörte ich jemanden auf der Treppe; ich siehe auf und sage:

„Ich suche Student Pettersen, hier sind zwei Briefe für ihn.“

„Er ist nach Hause gereist,“ antwortet die Frau. „Über nach den Ferien kommt er wieder. Wenn Sie wollen, kann ich die Briefe an mich nehmen.“

„Ja, danke, das ist mir sehr angenehm,“ sagte ich, „dann findet er sie, wenn er zurückkommt. Es könnte was Wichtiges drin stehen. Guten Morgen!“

(Fortsetzung folgt.)

# Groß-Berlin

## Freigabe weiterer Kohlenkartenabschnitte

Das Kohlenamt Berlin teilt mit: Auf Grund des § 38 Abs. 2 der Verordnung des Kohlenverbandes Groß-Berlin über die Kohlenverteilung vom 6. März 1919 wird hiermit angeordnet: Vom 1. November 1920 ab werden zur Entnahme und Abgabe von Kohlen folgende weitere Abschnitte freigegeben: Abschnitt 7 der 12-Zentner-Kohlfarie, Abschnitt 17 der 16-Zentner-Kohlfarie, Abschnitt 27 der 24-Zentner-Kohlfarie, Abschnitt 37 der 32-Zentner-Kohlfarie. Die Kohlfarieabschnitte 7, 17, 27, 37 sind ferner mit 1/2 Zentner mit 1 ganzen Zentner zu beliefern. Ferner sind zur Abgabe und Entnahme von je 1/2 Zentner Kohlen ab 1. November 1920 die Abschnitte 15 und 16 der Sonderfarie freigegeben. Ferner ist zu beliefern die bereits früher freigegebenen Abschnitte der Koch-, Ofen-, Kofen- und Sonderfarie, sofern sie nicht für verfallen erklärt sind.

## Die Reichswehr als Privatunternehmer

Nach von uns gemachten Feststellungen hat in wiederholten Fällen die Reichswehr mit den eigenen ihr zur Verfügung stehenden Gaspannen, Kühlleistungen für Privats, u. a. für die Firma Böhm (Fuhrgeschäft), an der Büttelstraße 6, sowie für die Kohlenfirma Paul Dorff gegen Entgelt ausgeführt. Im Interesse der großen Zahl der Arbeitslosen im Fuhrgewerbe hatten wir unter dem 10. Juli 1920 eine Eingabe an den Reichswehrminister gemacht, in welcher wir um Zurückziehung der militärischen Gaspannen baten. Eine Antwort hierauf ist uns bis heute noch nicht zugegangen. Nach wie vor werden von einzelnen Truppenstellen die Gaspanne für Privatgewerbe zur Verfügung gestellt und dadurch die Arbeitslosigkeit gefördert. Wir sind der Ansicht, daß ein Eingreifen der militärischen Gaspannen in privatrechtlichen Betrieben bei der geringen Arbeitsmöglichkeit nicht notwendig ist. Die Vermutung liegt nahe, daß die durch die Herstellung der Gaspanne erzielten Einnahmen nur zur Kühlung von Kontinen oder sonstigen Fonds der einzelnen Truppenteile, nicht aber im Interesse des Staates Verwendung finden. Dessen müßte es, die überflüssigen Gaspannen zu verkaufen. Bei den heutigen hohen Unterhaltungskosten können wir uns den Luxus auf Kosten der Allgemeinheit nicht erlauben. Mehr Gaspannen als unbedingt benötigt werden, zu unterhalten. Soweit wie unrichtig ist, erfolgen die Soldaten als Gaspannenführer an den Tagen, an welchen sie mit den Gaspannen für Private Dienste leisten, zu ihrem Sold 10 M. extra bezahlt. Dadurch verhilft man den Leuten zu einem doppelten Verdienst, während andererseits die Arbeitslosigkeit der Bevölkerung gefördert wird und diese mit ihren Familien von der farger Erwerbslosenunterstützung ihr Dasein fristen müssen.

## § 51. Der Jagdschein

Der § 51 des Strafgesetzbuches besagt, daß Geistesranke wegen Verstoßes gegen die Gehehe nicht bestraft werden. Das ist auch ganz richtig. Ein Geistesranke gehört nicht in die Strafanstalt, sondern in eine Irrenanstalt, falls er gemeingefährlich ist. In anderen Fällen in sonstige Obhut. Nun wird der § 51 gewöhnlich, nur nicht immer dann angewandt, wenn es sich um einen tatsächlich Geistesranke handelt, sondern oftmals zu dem Zweck, Personen aus den Kreisen der Begüterten vor Strafe zu schützen, wenn diese sich irgendeines Vergehens schuldig gemacht haben. Es soll es der vor einiger Zeit wegen Gefährdung inhaftierte Dr. Max Steinberg fertig bekommen haben, sich einerseits auf Grund des § 51 außer Verfolgung zu setzen. Obwohl nach allem, was uns mitgeteilt wird, ein Grund dafür nicht vorliegt, insbesondere dessen Verhalten, wie dem Staatsanwalt mitgeteilt worden ist, auch in Gesprächen keinerlei Hehl daraus gemacht hat, daß ihr Mann eine Krankheit nur vorschützt, um sich der Verfolgung zu entziehen. Es handelt sich in diesem Falle ohne Frage um einen Kapitalverbrecher, dem das Handwerk gelegt werden muß.

Wir hoffen, daß die Zeugen, die dem Staatsanwalt namhaft gemacht worden sind, vernommen werden, und durch einwandfreie Gutachten tatsächlich festgestellt wird, wie weit der Dr. Max Steinberg berechtigt ist, sich auf diese Weise vor einer Bestrafung zu schützen.

## Antisemitische Hege in den Gemeindeschulen

Uns liegt ein Flugblatt vor, welches handschriftlich in einer hiesigen Gemeindeschule verbreitet wird und in überlauer Weise unter Zustimmung der üblichen deutsch-nationalen Redensarten zur Judenhege auffordert. Es wird darin gleichzeitig um Beitritt für einen Deutschnationalen Schülerbund geworden. Aus dem Inhalt sei namentlich hervorgehoben, daß darin von der Ein-

richtung eines Defektbüros die Rede ist, das die Mitglieder beobachten soll, ob sie nicht mit Juden reden. Dann heißt es: „Folge uns und nicht den verfluchten Judenheiden!“ Zum Schluß wird mit groben Schimpfwörtern gegen einen bestimmten Juden gehetzt, der esender Lump, Betrüger, Schuft, Schweinehund, Schieber und Mörder genannt wird. Das Blatt ist in der Oberstufe der 31. Gemeindeschule in Alt-Moabit, Ede Wilsoner Straße. Es ist dies dieselbe Schule, in welcher ein sozialistischer Lehrer seiner Gesinnung wegen dauernd den ärgsten Drangsalierungen ausgesetzt ist. An der Spitze der Schule steht Rektor Weige, ein Mann von ausgesprochen reaktionärer Gesinnung. Ferner tut sich ein Lehrer namens Siemets besonders bei der reaktionären Hege hervor. Es ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß diese Herren bei der Bildung der Vereinigung, von der das gedachte Flugblatt ausgeht, nicht unbeteiligt sind. Jedenfalls haben sie nichts getan, um derartigen Hegeleien, die geeignet sind, das kindliche Gemüt zu vergiften und mit Haß zu erfüllen, in irgend einer Weise entgegenzutreten.

**Jugendvorführungen in Reutkän.** In neuerer Zeit häufen sich die Klagen darüber, daß in den sogenannten Kinderdarstellungen der Kinos der Jugend sehr häufig Minderwertigkeiten, die man schlechthin als „Schund“ bezeichnet, vorgeführt werden. Um der Schulfugend Gelegenheit zu geben, wirklich einwandfreie Kinovorführungen zu besuchen, sieht sich das Rindliche Jugendamt Reutkän veranlaßt, jeden Mittwoch und Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr, solche Vorführungen zu veranstalten. Aber nicht nur das Kino, sondern auch Marionettentheater, künstlerische Musik- und Gesangsvorträge, Märchen mit Lichtbildern werden unserer Jugend Gelegenheit geben, ihr Unterhaltungsbedürfnis zu befriedigen und gleichzeitig ihr künstlerisches Empfinden zu fördern. Die Vorstellungen beginnen am Sonnabend, den 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im städtischen Lichtspielhaus, Bergstraße 147. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pf. Der Kartenvertrieb erfolgt durch die Schulen. Von der Bevölkerung darf erwartet werden, daß sie das Bestreben der städtischen Behörden, den Schund von der Jugend fernzuhalten, unterstützt. Diese Veranstaltungen sollen auch in nächster Zeit auf die schulenläufige Jugend ausgedehnt werden.

**Der Lustmord an der 15 Jahre alten Tochter Margarethe des Justizwachmeisters Eske** aus der Bahnhofsstraße 6 zu Lindow in der Mark beschäftigt nach immer die Kriminalbehörden. Die Untersuchungen zur Aufklärung des schrecklichen Verbrechens sind jetzt in ein neues Stadium getreten. Die Leiche des jungen Mädchens wurde in einem Kornfeld aufgefunden. Da nur mit einem Lustmord gerechnet werden konnte, benachrichtigte die Staatsanwaltschaft zu Neuruppin die Berliner Kriminalpolizei. Deren Nachforschungen führten zu dem dringenden Verdacht, daß der 43 Jahre alte Vater der Ermordeten die eigene Tochter nach vorausgegangenem schweren sittlichen Verbrechen ums Leben gebracht habe. Dieser wurde daraufhin verhaftet. Nach Aussagen eines Untersuchungsgefangenen, der mit Eske in Haft war, hat er die, im die grauenhafte Tat eingeschanden. Danach soll die Ehefrau des Eske Mitwisserin des Verbrechens sein.

**Das Zehlendorfer Eisenbahnunglück.** Die sofort nach dem Unfall eisenbahnseitig eingeleitete Untersuchung ist zur Stunde noch nicht abgeschlossen. Bisher steht fest, daß der Fahrdienstleiter des Bahnhofs Zehlendorf sich eines ganz groben Verstoßes gegen die Fahrdienstordnung schuldig gemacht hat. Er hat, ohne sich davon zu überzeugen, daß der erste Block nach Neu-Babelsberg frei ist, den Arbeitszug abgelassen und hat es gleichzeitig unterlassen, dem Lokomotivführer des Zuges den in diesem Falle vorgeschriebenen schriftlichen Befehl zu erteilen. Als weiter ist auch der Lokomotivführer des Arbeitszuges von der Schuld nicht ganz freisprechen, da er ohne diesen schriftlichen Befehl von Zehlendorf nicht abfahren durfte.

Die Prüfer des Demobilisierungsausschusses sind sämtlich durch eine grüne, mit Lichtbild, Stempel und Unterschrift des Magistratsbeamten versehenen Ausweiskarte legitimiert, die auch einen Abdruck der Vorschriften enthält, die die Prüfer berechtigen, Auskunft zu verlangen. Es wird gebeten, Personen, die ohne Vorweisung eines solchen Ausweises Auskunft verlangen, festzustellen, und wegen unbefugter Amtsanmaßung der Polizei oder dem Demobilisierungsausschuss zu melden. Die echten Prüfer sind bei Vermeidung gerichtlicher Strafe zur Geheimhaltung der ihnen gemachten Angaben verpflichtet.

Neue Führerstellen für Erwerbslose in Reutkän. Die Zunahme der Zahl der Erwerbslosen macht die Eröffnung dreier neuer Geschäfte, und Zahlstellen am 1. November d. Js. in Reutkän nötig. Diese neuen Geschäfte werden belegen sein: Nr. 3, Saalestraße 10, part., Nr. 6, Weisstraße 61, part., Nr. 7, Reuterstraße 34, Hof 2 Treppen. Die bisher Venu- Ede Friedelstraße untergebracht Zahlstelle 1 befindet sich vom gleichen Zeitpunkt ab Reuterstraße 34, Hof 1 Treppe (zu vgl. auch die im

amtl. Teil der heutigen Nummer dieses Blattes erscheinende öffentliche Bekanntmachung).

Die Kohlenkarte Groß-Berlin teilt mit: Wegen großer Preislücke gegen die Verordnung des Kohlenverbandes Groß-Berlin ist dem Kohlenhändler Richard Weid, Berlin, Petersburger Str. 82, der Fortbetrieb des Kohlenhandels untersagt worden.

Die Zukunftsvereinskasse des Magistrats Berlin gibt bekannt: Der Preis für Auer im Kleinhandel darf nicht übersteigen: Für 1 Pfd. Mehl 3,70 M., für 1/2 Pfd. 2,80 M., für 1 Pfd. Raffinade 3,90 M., für 1/2 Pfd. 2,95 M.; für 1 Pfd. Würfel- und Hartzucker 4 M., für 1/2 Pfd. 3 M. Die vorstehenden Preise treten am 1. November 1920 in Kraft. Ein Zuschlag für Verpackung darf nicht berechnet werden.

**Bezirksverordnete, Stadtverordnete des 3. Verwaltungsbezirks Wedding (Christen-Crispien-Verdehnt).** Sonnabend, 30. Oktober, pünktlich 8 Uhr, im Konferenzzimmer der Schule Panitz, Nr. 20-21, Ede Weidenstraße, Fraktionsitzung. Vorstandsmittag 5 Uhr. Die Objekte der kommunalen Kommission der in Frage kommenden Distrikte sind eingeladen.

**3. Verwaltungsbezirk (Friedrichshain).** Stadtverordnete, Bezirksverordnete und Vorsitzende der kommunalen Kommission am Sonntag vormittag 10 Uhr, Sitzung bei Falk, Küdersdorfer Str. Nr. 18. Vollständiges Erscheinen dringend notwendig.

Bei den 28 Allgemeinen Ortskrankenkassen von Groß-Berlin sind zur Zeit nur 100 000 Mitglieder vorhanden, darunter nur 376 000 Männer, 520 000 Frauen und Mädchen, davon sind unter 802 000 versicherungspflichtig und etwa 92 000 versichert.

**Arbeitskammer Schönhauser Vorstadt, 15. Gemeindeschule, Kastanien Allee 81.** Vortrag über Schul- und Erziehungsfragen. Den neu hinzukommenden Hörern werden die leitenden Gedanken der ersten Vorträge noch mitgeteilt. Kursusbeitrag 3 M. Beginn 7 Uhr.

**Schauspielhaus Reutkän.** Nachdem die erste Aufführung von Gerhart Hauptmanns „Fuhrmann Henschel“ mit großem Beifall aufgenommen wurde, kommt das Volksbildungsamt dem allgemeinen Wunsch nach, nochmals mit einer Aufführung mit erstklassiger Besetzung aufzutreten. Zu der am Sonntag, den 1. November, in der „Neuen Welt“ (Reuter Saal) stattfindenden Aufführung sind noch Karten zum Preise von 3 M. in den bekannten Stellen zu haben.

## Aus den Organisationen

**4. Bezirk (Crispien-Verdehnt).** Sonnabend, 30. Oktober, 7 Uhr, bei Ede, Reuterstr. 9, Konferenzsitzung. Die Abteilungsleiter haben Kenntnis zu erlangen, Arbeitslose, die mindestens sechs Monate Mitglied, sechs Monate Mitglied der „Freiheit“ und über vier Wochen arbeitslos sind, haben sich beim Genossen Sinner in der Expedition zu melden.

**9. Bezirk.** Umkehrer und die für heute abend festgesetzte Funktionärssitzung ausfallen. Dafür findet heute abend Montag vor dem Gefängnisabend um 8 Uhr, Altkönigsstr. 2, statt. Die Abteilungsleiter werden erucht, die Zahlenschlüssel telefonisch der „Freiheit“-Redaktion zu melden.

**11. Bezirk (Crispien-Verdehnt).** Abteilungsleiter der Bildungs-Kommission, Sonntag, nachmittags 10 Uhr, Sitzung bei Dahms, Schlegelstr. 9. Pünktliches Erscheinen notwendig.

**Reutkän.** Sitzung der Frauen- und Kinderbeschwerden-Kommission heute abend 7 Uhr im Reutkän, Kollwitzstraße 10, im 1. Stockwerk.

**Wilmersdorf.** Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, Lichtbildvortrag über „Menschliche Erziehungsmethoden in der Halle des Volkshauses“. Eintritt frei! Genosseninnen und Genossen, ersehen nachteilig.

**Wilmersdorf-Viertel, Reutkän, 7 Uhr, 5. Gemeindeschule** Generalsekretärsitzung (Crispien-Verdehnt). 1. Bericht vom Vorstand, 2. Neuwahl der Geschäftsleitung. — Die Bibliothek befindet sich bei dem Genossen Schmidt, Schrammestraße 61. Ausgabe der Bücher findet regelmäßig statt. Anspringende Bücher erbiten sofort zurück.

**Wilmersdorf.** Heute Sonnabend, abends 8 Uhr, im Feuerwehrturmgebäude Hauptversammlung. Erscheinen aller Funktionäre und arbeitsfähigen Genossen notwendig.

## Bereinskalender

**Jugendklub der „Freiheit“.** Kurze für Redefunde. Vortragabend: Kollege Heisterkamp. Beginn Montag, den 1. November, abends 7 Uhr, im Reutkän, Kollwitzstraße 10, im 1. Stockwerk.

**Zeugnisprüfer-Verein.** Handwerkskammer und arbeitsfähigen aus allen Betrieben der Herrenmühlstraße. Heute, nachm. 4 Uhr, bei Herrmann, Wilmersdorf, 15. wichtige Gruppenversammlung.

**Technische Anstalt im Einzelhandel (auch Waren- und Kaufhäuser).** Am Sonntag, den 31. Oktober, findet im Schultheiß, Reuterstr. 26-27, eine Preisermittlung aller Meister und technischen Angestellten, die im Einzelhandel tätig sind, statt.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kahlert, Berlin. Verantwortlich für den Verlagsenteil: Ludwig Kahlert, Berlin. — Verlags- und Druckerei: „Freiheit“, E. S. u. H. Berlin. — Preis der „Freiheit“: Druckerei 6 M. 5 Pf., Berlin 6 M. 7 Pf., Berlin 6 M. 5 Pf.

## Die Sozialisierung und die Machtverhältnisse der Klassen

Preis 3.— Mark  
Ungekürzte Ausgabe für Organisationen 1.— Mark  
Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9

**Platinabfälle**  
**Goldbruch**  
**Silberbruch**  
**Alle Zahngebisse**  
**Quecksilber**

kauft zum höchsten Tage, skars  
John, Chausseestraße 110, n. l.  
Cornel 1, nahe Invalidenstr.  
Schubert, Wilmersdorf 63,  
nahe Wilmersdorf.

**Zinn! Zinn!**  
Weißmetall, Zinn, Kupfer!  
Messing! Zinn! Zinn!  
Zinn! Zinn! Zinn!

**Pistolen**  
und Jagdwaffen nach  
Zul. Hehmer, W 8,  
Markgrafstraße 31.

**Kupfer**  
**Messing**  
**Blei, Zinn, Zink**

alle Metallteile kaufen  
Pensinger Straße 24  
21 Altkönigsstr. 3  
Rudow Straße 50  
Friedrichstraße 46, Schöneberg  
Egal der Str. 95a, Ede  
Kaufer Platz  
Kantstraße 10

**Metalle**  
zu den höchsten Preisen  
Ehemaliger  
**Zinn**  
Zinn  
Zinn

am Potsdamer Platz

**Platinbruch Markt 161 1/4 fest**

pro Gramm — ab morgen freibleibend.  
Gold- und Silberbruch abg. Preis  
entsprechend, bis Markt 40.— bzw. Markt 1.50

**Röpenicker Landstraße 146, hochpaterre.**  
(1 Minute vom Bahnh. Baumgartenweg) Seite 63, 84 ufm.

**Gold-, Silber-, Platin**

Ringe, Münzen, Zahngebisse, Veranlassung  
Kupfer, Messing, Blei usw.

kauft Silberzentrale

**Gotzkowskystraße 13**  
an der Woytowitsky Allee.

**KUPFER**  
**MESSING**  
**ROTGUSS**  
**ZINK, BLEI**  
**QUECKSILBER**

zahlt wieder wie bekannt  
höchste Preise  
Lothring. Str. 19 (Hof)  
am Rosenhain Platz  
Berliner Straße 98

**Ankauf von Kupfer**  
Messing, Zinn, Blei, Eisen  
zu überhöht. Tagespreisen.  
Metallhandlung Niemann  
Schlesierstraße 55  
Hof, Keller, kein Laden

**Kupfer**  
**Weißmetall, Zinn**  
und alle anderen Metalle kaufen  
zu Höchstpreisen.  
Reutkän, Reuterstraße 13

**DER MIETERSCHUTZ**

Beste gemeinverständliche Darstellung des  
Mieterschutzes u der Höchstmietpreisordnung  
Von Dr. Paul Hertz und Rechtsanwalt Dr. Kurt Boehmeim

Mit Nachtrag: Die Änderungen des Mieterschutzes  
Preis 4 Mark

**WEIN**  
Preis 4 Mark

**BESTELLEN SIE SOFORT BEIDER**  
**BUCHHANDLUNG „FREIHEIT“ : BERLIN C 2**

**Erhöhte Preise**  
**Metallverwertung**  
Kupfer  
Rotguss  
Messing  
Zinn, Zink, Eisen  
Gießereien  
Weißburger Str. 11  
Röpenicker Str. 121a  
Reinholdstr. 107  
Sigsstr. 47, vom 1. Treppen  
Oberberger Str. 31,  
Ede Reuterstr. 31,  
Sollinger Str. 47, n. l. Keller.

Die  
**Neuköllner Metall-**  
**Einkaufs-Zentrale**  
Reuterstr. 96, am  
Hermannplatz, kauf  
**Kupfer, Messing,**  
**Blei, Zink.**

Hoch Preise zahlen  
**für Kupfer**  
Rotguss, Messing, Zinn,  
Zinn, Aluminium, Zinn,  
Eisen, Nickel, Quecksilber, Zinn  
Schönhauser Allee 149.

**W. SCHULMEISTER**  
Dresdener Str. 1, BERLIN SO. Kollwitzstr. 107

**Paletots**

**Zur Diskussion über die**  
**3. Internationale**

**Die Revolution**  
Ein Programm der USPD.  
Preis Mark 12.00

**Programm und Satzung der USPD.**  
Von Peter Crispian  
Preis Mark 3.00

**Buchhandlung „Freiheit“**, Breite Str. 8-9

**Genossen! Abonniert die „Freie Welt“!**